Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand

Sonder - Information

Veranstaltung des Vorstandes der GRH am 19.Februar 2015 anläßlich des 65. Jahrestages der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, März 2015

Eröffnung durch den Geschäftsführer der GRH, Dieter Stiebert

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,
im Auftrage des Vorstandes der GRH eröffne ich diese weitere Veranstaltung anläßlich der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR am 8.Februar 1950, also vor mehr als 65 Jahren. Wir hatten aus diesem Anlaß bereits vor wenigen Tagen in diesem Raum den Film über unsere Freunde in den USA gemeinsam angeschaut, die „junge Welt“ veröffentlichte ein Gespräch mit Wolfgang Schwanitz und Werner Großmann und am 7./ 8. Februar erschien eine Anzeige der GRH im nd. Der „RotFuchs“ befasste sich in der Februarausgabe mit dem Thema, ebenso „Die Rote Fahne. Man könnte sogar geneigt sein, den Beitrag von Peter-Michael Distel am 10.02.15 im nd auch in diese Reihe zu stellen. Unsere bisherigen Aktivitäten anläßlich des 65. Jahrestages der Bildung des MfS fanden eine starke positive Resonanz. Sicherlich wird auch die heutige Veranstaltung allen Beteiligten in guter Erinnerung bleiben. Sie soll den Auftakt bilden für weitere Aktivitäten der GRH gemeinsam mit den Verbänden, Vereinigungen, Initiativen und Parteien des linken Netzwerkes im geschichtsträchtigen Jahr 2015.
Ich freue mich, daß die Stuhlreihen gut besetzt sind und unsere Einladungen bei über 100 Mitstreitern Interesse geweckt haben.
Unter uns weilen zahlreiche ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums, der Bezirksverwaltungen und des Wachregiments „Felix Dzierzynski“ mit Dienstgraden von General a.D. abwärts und unterschiedlichen Dienststellungen. Es sind Mitglieder des Kollegiums, Hauptabteilungsleiter, BV-Chefs, Kommandeure, Leiter der verschienenen Ebenen, Ärzte und medizinisches Fachpersonal, Lehrer an der Juristischen Hochschule, hauptamtliche und ehrenamtliche Parteifunktionäre der SED, Referatsleiter, Sachbearbeiter, Personenschützer, Sekretärinnen, Küchenpersonal, Reinigungskräfte und Kraftfahrer. Wir haben Kundschafterinnen und Kundschafter für den Frieden zu Gast. Ich heiße Euch, liebe Haupt- und Inoffizielle Mitarbeiter des MfS, herzlich willkommen und beglückwünsche Euch im Auftrage des GRH -Vorstandes zum 65. Jahrestag der Bildung des MfS.
Zugleich, liebe Anwesende, möchte ich von dieser Stelle aus Kampfesgrüße und Glückwünsche an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hauptverwaltungen, Hauptabteilungen und Abteilungen, der Bezirksverwaltungen, Kreis- und Objektdienststellen, der Grenzübergangsstellen, der Juristischen Hochschule Potsdam, des medizinischen Dienstes, des Nachrichten- und Chiffrewesens sowie des Operativ-Technischen Sektors und des Wachregiments, den Kundschaftern, Inoffiziellen Mitarbeitern und Offizieren im Besonderen Einsatz übermitteln. Unsere Stärke war, ist und bleibt unsere Solidarität!
Ich entbiete unseren Willkommensgruß den Vertretern der Abteilung Sicherheit im ZK der SED. Egon Krenz wäre gern unserer Einladung gefolgt, er kann leider wegen anderer Verpflichtungen nicht kommen, wünscht aber der Veranstaltung gutes Gelingen.
Ich begrüße ebenso herzlich die anwesenden Vertreter der Klassen- und Waffenbrüder, der NVA, der Grenztruppen, des MdI, der Deutschen Volkspolizei und der Zollverwaltungen. Wir bedanken uns für die Grüße von Armeegeneral a.D. Heinz Keßler und wünschen dem Fünfundneunzigjährigen alles Gute.

Es ist mir eine große Freude, Mitstreiter beim Generalstaatsanwalt der DDR, beim Berliner Generalstaatsanwalt sowie Vertreter der Justizorgane in unserer Mitte begrüßen zu können.
Liebe Freunde, die runden und halbrunden Jahrestage der Bildung des MfS wurden stets gemeinsam mit den entsprechenden Jahrestagen der Wiederkehr des 8. Mai 1945, des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, begangen. Wenn sich die Zeiten auch geändert haben, an dieser Tradition werden wir festhalten. Auch wenn es wie dereinst keine Kampfaufträge oder Wettbewerbe in den Diensteinheiten gibt.
Als uns 1990 die Begehung des 40. Jahrestages versagt wurde, haben wohl nur die kühnsten Optimisten daran geglaubt, daß wir 25 Jahre später, im Jahre 2015, den 65. Jahrestag der Bildung des MfS begehen werden. Doch niemand konnte uns verwehren, darauf Stolz zu sein, 40 Jahre lang einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa geleistet zu haben. Bei Familien- und Geburtstagsfeiern, sogenannten „Klassentreffen“, Gesprächsrunden, Eisbeinessen und anderen Zusammenkünften wurde und wird der Zusammenhalt und die Solidarität untereinander gepflegt. Mit der Bildung des Insider-Komitees zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS, der GBM, des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland, der ISOR, der IGA, der GRH, des OKV und des Alternativen Berliner Geschichtsforums sowie mit Unterstützung des Weißenseer Arbeitskreises, des BüSGM, des Freidenkerverbandes, der KPD, der Kommunistischen Plattform in der PDS /der Partei DIE LINKE, der IROKK und der DKP sowie weiterer linker Vereinigungen entstanden Voraussetzungen, um den Verhaftungen, Gerichtsverfahren, der Strafrente, Verfolgungen, Haßtiraden, Verleumdungen, Demütigungen und Berufsverboten gemeinsam standhaft Paroli zu bieten. Hier in Berlin, in den Bezirken und Kreisen der DDR. Diese Solidarität, Hilfe und Unterstützung bleibt unvergessen, so wie es in der gegenwärtigen kriegsschwangeren Zeit erforderlich ist, gemeinsam für den Erhalt des Friedens, gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und Rüstungsexporte zu kämpfen und das Lügengeflecht vom „Unrechtsstaat“ DDR nachhaltig zu entlarven. Den anwesenden Mitbegründern dieser Organisationen und deren Vertretern gebührt unser Dank und unser herzliches Willkommen.
Dank gebührt auch jenen anwesenden Juristen, die die Gunst der Stunde nutzten und sich als Rechtsanwalt niederließen, um so die Möglichkeit zu haben, die von der Siegerjustiz Verfolgten zu verteidigen.
Ich erinnere auch daran, daß bereits in den stürmischen Tagen, Wochen und Monaten Ende 1989 und 1990 leitende Mitarbeiter des Ministeriums und der BV Berlin als unbequeme Zeitzeugen in Kirchengemeinden und „Opferverbänden“ auftraten und sich den Fragen zur Tätigkeit des MfS in mitunter sehr aufgeheizter Atmosphäre stellten. Bereits in jenen Tagen wurden Broschüren im Eigendruck hergestellt und verteilt, in denen über die Tätigkeit des MfS informiert wurde. Wir haben seit dem systematisch die Präsens im Internet ausgebaut und Angebote von Print- , Radio- und TV-Medien genutzt, um die Wahrheit über die Tätigkeit des MfS, ihrer Kundschafter und IM zu verbreiten. Uns standen und stehen linke Verleger und Autoren wie Frank Schumann, Wiljo Heinen, Klaus Huhn, Prof. Erich Buchholz, Prof. Horst Schneider, Prof. Detlef Joseph, Prof. Gerhard Fischer, Klaus Blessing, Horst Jäckel und viele andere kameradschaftlich zur Seite, die es möglich machten, eine ganze Bibliothek mit Büchern über die Tätigkeit der Abwehr und Aufklärung, über das Leben und den Heldenmut der Kundschafter, zur Verfolgung und Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern, zum Wachsen, Bestehen und Ende der DDR zu füllen. Die Redaktionen der Zeitungen „jungeWelt“, „Neues Deutschland“, „RotFuchs“ und „Unsere Zeit“ stehen unseren Anliegen wohlwollend gegenüber. In vielen Beiträgen und Leserzuschriften wurden Standpunkte unserer Mitglieder und Sympathisanten auch zu aktuellen Themen veröffentlicht. Den anwesenden Verlegern, Redakteuren und Autoren, den unbequemen Zeitzeugen von damals, heute und morgen, gilt mein herzliches Willkommen. Einige dieser Aktivisten sind leider nicht mehr am Leben. Deshalb freut es mich, deren Ehepartner begrüßen zu können, die unserer Einladung gefolgt sind.

Liebe Genossen und Freunde,
laßt mich nach der Begrüßung noch etwas zum Ablauf der heutigen Veranstaltung sagen. Als nächster wird der Vorsitzende der GRH, Hans Bauer, einige grundsätzliche Ausführungen machen. Danach werden Mitglieder der Arbeitsgruppen Sicherheit, Aufklärer und Sport in ca. 15 minütigen Beiträgen zu Vergangenem, Gegenwärtigem und Zukünftigem sprechen. Diskussionen dazu sind nicht vorgesehen. Zu gegebener Zeit werden wir eine kurze Pause einlegen, in der ausliegendes Material mitgenommen und Bücher erworben werden können. Natürlich können auch Beitrittserklärungen zur GRH abgegeben werden. Schluß der Veranstaltung soll spätestens 17:00 Uhr sein.
Es ist übrigens vorgesehen, die heute gehaltenen Beiträge in einer GRH - Information zu veröffentlichen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf.

Beitrag des Vorsitzenden der GRH, Hans Bauer

Liebe Genossinnen und Genossen!
In Anlehnung an eine bekannte Schrift möchte ich feststellen:
Ohne Sicherheitsorgane hätte die Deutsche Demokratische Republik keine 40 Jahre existieren können.

Deshalb, liebe anwesende Genossinen und Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit, herzlichen Dank für Eueren Einsatz und Eure Tätigkeit für unser Land.

Mir ist bewusst, und durch unseren Kampf in der GRH wissen wir alle, eine solche Aussage öffentlich zu verkünden, kommt einer Provokation gleich. Aber ohne Provokation wird in diesem Lande, in dieser vom Zeitgeist gesteuerten Medienlandschaft und manipulierten Bevölkerung die Wahrheit nicht wahrgenommen. Besonderer Dank gilt allen Freunden, die sich öffentlich für die Wahrheit engagieren, sich zu Wort melden und über die Wirklichkeit berichten, **Aufklärer** im umfassenden Sinne des Wortes sind. Dies tun Dutzende von Euch in Publikationen, im Internet, in Veranstaltungen, in Leserzuschriften. So wie jüngst im Interview W. Schwanitz und W. Großmann in der JW, wie Kl. Eichner, G. Schramm, R. Grimmer, H. Kierstein, D. Skiba, K. Rehbaum und viele andere. Nicht weniger wichtig ist aber, meine ich, dass sich auch Nicht-Angehörige des MfS zu Wort melden und ihre Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den DDR-Sicherheitsorganen darlegen, wie es H. Reichelt z. B. in "Unbequeme Zeitzeugen" getan hat.

Liebe Freunde,
unsere heutige Veranstaltung ist dem 65. Jahrestag der Gründung des MfS gewidmet. Als die Provisorische Volkskammer der jungen DDR am 8. Februar 1950 einstimmig das Gesetz über die "Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit" beschloss (übrigens am 21.2.1950 im Gbl. der

DDR veröffentlicht; die BRD schuf erst 1990 entsprechende gesetzliche Grundlagen), war dies notwendiges Ergebnis einer Entwicklung, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung getragen wurde: Konsequente Verwirklichung des Potsdamer Abkommens mit Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Demokratisierung und Aufbau einer Friedenswirtschaft. In Volksentscheiden bekannte sich die Bevölkerung für die Überführung großer Unternehmen in Volkseigentum. Bodenreform, Bildungsreform, Justizreform und andere grundlegende Veränderungen fanden die Zustimmung und Unterstützung der Ostdeutschen. Widerstand aber natürlich bei einem auf Restauration alter Verhältnisse und auf Profit orientierten Herrschaftssystem in Westdeutschland. Der konsequent antifaschistisch-demokratische Weg im Osten widersprach zutiefst den Interessen und Absichten westlicher Politik unter Adenauer und insbesondere den USA. Also wurde alles getan, um die Entwicklung im Osten zu stören und zu verhindern. Angesichts dieser Situation war es unsere Pflicht, Organe, Machtorgane, zu schaffen, die einen zuverlässigen Schutz der DDR garantierten.
Wenn es eines für jedermann einfach nachvollziehbaren und augenscheinlichen Nachweises für die völlig unterschiedlichen Wege beider Teile Deutschlands und schließlich beider Staaten bedurfte, dann reicht allein die Besetzung der Spitzenpositionen in Politik, Staat und Justiz.
Im Unterschied zur BRD, die nahtlos faschistisches Personal übernahm und auch in dessen Geist handelte, standen in der DDR Antifaschisten und Widerstandskämpfer an der Spitze. Dies galt vor allem auch für das MfS, wie in dem Band "Angriff und Abwehr" überzeugend dargelegt wird.

Genossen!
Die 40-jährige Entwicklung des Ministeriums war selbstverständlich immer engstens mit der Entwicklung der DDR verbunden. Es stand nicht außerhalb; es war Teil der Gesellschaft. Und es leistete seinen Beitrag zur Herausbildung eines sozialistischen Rechtsstaates.

Dabei möchte ich drei Merkmale hervorheben, die Gegenstand und Arbeit des MfS charakterisieren:

1. *Das MfS diente dem Schutz und dem Aufbau eines leistungsfähigen weltweit anerkannten und geachteten sozialistischen Staates.* Ja, am Anfang stand die Sicherung der im Aufbau befindlichen Wirtschaft, wie Innenminister Steinhoff vor der Volkskammer begründete. Verbrecherische Angriffe auf Volkseigene Betriebe und Güter, auf das Verkehrswesen, auf demokratische Einrichtungen, Sabotage, Diversion, Sprengstoffanschläge und Schiebergeschäfte, Angriffe auf Einzelpersonen, wie Parteifunktionäre, Volkspolizisten und Westberliner Reichsbahner, gehörten zu den verbrecherischen Methoden unserer Feinde. Organisiert waren die Drahtzieher und Ausführenden in Dutzenden von Zusammenschlüssen mit wohlklingenden Namen, wie: Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen, Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Ostbüro der SPD. Und besonders der Rundfunk, wie der RIAS, erfüllte die ihm zugedachten Aufgaben mit dem Ziel, die "Sowjetzone zu befreien". Noch 1951 rief sogar der Nationale Sicherheitsrat der USA dazu auf, "Widerstandszellen in den sowjetisch kontrollierten Gebieten", also auch in der DDR, zu bilden.

Mit der Entstehung und Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft waren die gegnerischen Angriffe vor allem darauf gerichtet, einzelne Staaten aus der Gemeinschaft herauszubrechen. Konterrevolutionäre Szenarien wurden initiiert und organisiert, wie das Jahr 1953 in der DDR bewies. Die Angriffe wurden subtiler und schwerer durchschaubar, waren nun gegen die gesamte Gemeinschaft gerichtet. Damit erhöhten sich auch die Anforderungen an die Abwehrarbeit des MfS. Veränderungen, Vervollkommnungen, Korrekturen waren notwendig, um die revolutionären Errungenschaften nicht nur im eigenen Lande zuverlässig zu sichern.

2. *Friedenssicherung und -erhaltung gehörten während aller strukturellen Änderungen zum Kernbereich der Sicherheitsorgane.* Dies resultierte aus der Entwicklung, wie sie sich nach 1945 im Kalten Krieg vollzog. Ein Krieg, der bekanntlich mehrfach Gefahr lief, zu einem heißen zu werden. Befreiung der Ostgebiete, Remilitarisierung und Wiederaufrüstung bestimmten schon frühzeitig nach der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 den Kurs der WBZ, gefordert und befördert insbesondere von den USA. Die von der SED immer wieder und die auch bis Frühjahr 1952 von der Sowjetunion erhobene Forderung nach Einheit und Neutralität Deutschlands und Abschluss eines Friedensvertrages wiesen die Westmächte und die BRD strikt zurück. Mit der Gründung der NATO und der immer stärkeren Einbindung der BRD in dieses Bündnis waren gefährliche Bedingungen für eine mögliche militärische Konfrontation beider Systeme geschaffen. Damit hatte die Friedensfrage *globale* Dimensionen erlangt. Und für unsere Sicherheitsorgane entstanden hieraus wieder neue Anforderungen.

Das MfS, die Hauptverwaltung Aufklärung, hat hier - selbst von westlichen Politikern und Fachleuten unbestritten und anerkannt - einen entscheidenden Beitrag zur Friedenserhaltung geleistet. R. Rupp, G. Gast, K. Gebauer mögen hier für unsere mutigen Kundschafter des Friedens stehen. Aber: Für diesen Friedensdienst mussten Hunderte von ihnen nach 1990 Verfolgung, Inhaftierung, existentielle Abstrafung und Diskriminierung erfahren. 253 Kundschafter wurden von der BRD-Justiz verurteilt.

Es ist für die GRH eine Selbstverständlichkeit, sich mit diesen Freunden nicht nur solidarisch zu erklären, sondern ihnen auch solidarisch zu Seite zu stehen. Besonders eng verbunden sind wir mit unseren Kundschaftern in den USA, Kurt Stand, Theresa Marie Squillacote und James Clark, vor allem mit der noch inhaftierten Theresa.

3. *Viele Tausende von Bürgern waren dem MfS verbunden, weil sie sich der DDR verpflichtet fühlten und dieser Staat schützens wert war.* Ich sagte bereits, das MfS war Teil unserer Gesellschaft. Über Jahrzehnte war seine Existenz nicht nur staatlich unabdingbar, sondern auch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung getragen. Dass es in seiner Tätigkeit Besonderheiten aufwies, liegt in der Natur eines Geheimdienstes. Und dass es in der Sicherheitspolitik unseres Staates (und nicht nur dort) auch Fehler gab, darüber geben unsere Publikationen Auskunft, wie übrigens auch das bereits erwähnte Interview. Das änderte aber nichts daran, dass eine Zusammenarbeit mit dem MfS für viele Bürger Ehrensache war. Nicht wegen irgend welcher Vorteile oder Privilegien, sondern aus dem Motiv heraus, die DDR schützen zu wollen. Ob über dienstliche Kontakte oder als IM, all dies war Ausdruck von Verantwortung für unseren Staat.

Gerade angesichts der seit 1990 von Gauck, Birthler bis Jahn betriebenen und initiierten Jagd von Bürgern, die mit dem MfS zusammen arbeiteten, muss unsere besondere Aufmerksamkeit und Solidarität diesen Bürgern gelten. Heute ist nach offiziellen Verlautbarungen von nahezu 2 Mio Überprüfungen von Personen, die im öffentlichen Leben stehen, sowie von ca. 3 Mio Anträgen auf persönliche Akteneinsicht auszugehen. Die weit überwiegende Mehrzahl politisch und staatlich gelenkt, initiiert und angefordert. Ein erheblicher Teil sind mehrfache Einsichtnahmen. Je höher die Zahl, desto größeres "Interesse" soll vorgetäuscht werden.

Ich möchte feststellen, diese BStU ist geradezu ein Missbrauchsinstrument zur Niederhaltung eines Volkes geworden. Leider liegen uns keine Zahlen vor, wieviele BStU-Auskünfte zu nachteiligen juristischen Konsequenzen geführt haben. In zig-tausend Fällen folgten Strafverfahren, z. B. wegen Anstellungsbetruges, nachteilige arbeitsrechtliche und verwaltungsrechtliche Entscheidungen, abgesehen von tiefen persönlichen Einschnitten in das Leben von Menschen. Die öffentliche Diffamierung und Verunglimpfung von Bürgern hat dazu geführt, dass sich heute nur wenige zu ihrer damaligen Überzeugung bekennen. Aus Opportunismus, Furcht, Nötigung, falscher Scham, fehlender Solidarität (wie besonders die

LINKE beweist). Wer aber den Mut hat, sich dazu öffentlich zu bekennen, muss mit Nachteilen, vor allem im beruflichen Leben und mit Rufschädigung rechnen. Für uns als GRH ist dies Verpflichtung, dieser Manipulation der öffentlichen Meinung unsere Positionen noch stärker dagegen zu setzen und diesen Betroffenen - wenn gewünscht - beizustehen. Wie es übrigens in einer Reihe von Fällen bereits geschehen ist.

Liebe Genossen und Freunde!
Für einen neutralen Betrachter müsste es ins Auge springen, dass von der sogenannten Aufarbeitung eine objektive Bewertung der Arbeit des MfS unter heutigen Bedingungen nicht erfolgt, ja nicht erfolgen kann: Warum? Alle Unterlagen des MfS liegen offen, bewertet werden sie von unserem *Gegner* - aus *Zeit* und *Raum* herausgelöst.
Und die BRD-Akten? BND, Verfassungsschutz, MAD? Nur bruchstückhaft wird deren Tätigkeit bekannt, wie angeblich "rechtsstaatlich" diese Dienste gearbeitet haben sollen.
Ein Splitter aus dem Arsenal dieser Dienste: Aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN geht hervor, dass von 1956 bis 1990 über 71 000 DDR-Bürger von westdeutschen Geheimdiensten erfasst und beobachtet wurden. Und das ist nur ein Teil der Wahrheit. Unzumutbarkeit weiterer Recherchen, Vernichtung von Akten, bestehende Sichheitsrelevanz, Datenschutzbedenken, Unzuständigkeit der Regierung und andere Ausreden seien Hindernisse für umfassende Auskünfte, verkündet die Bundesregierung.

Genossen und Freunde!
Die wahre Geschichte des MfS ist dank Eurer/unserer Arbeit weitgehend erschlossen, wird aber offiziell verfälscht und verschwiegen, wie die der DDR insgesamt.
Die Geschichte der westlichen Geheimdienste liegt weitgehend noch im Dunkel, so wie die BRD-Geschichte eine einzige wirklichkeitsferne Glorifizierung und Klitterung eines angeblichen Rechtsstaates sein soll.
Eine einzige Geschichtslüge!
Ich denke, Ihr stimmt mit mir überein: Es war kein Zufall, dass das MfS neben dem Grenzregime und der Justiz nach der Konterrevolution herhalten musste, um die DDR als "Unrechtsstaat" zu verunglimpfen und zu delegitimieren.
Manch gut gemeintes Argument, die DDR ließe sich nicht auf "Stasi und Stacheldraht" reduzieren, ist nicht nur halbherzig, es ist auch falsch. Farbe, d.h. Position beziehen, heißt, sich grundsätzlich zur Sicherheit, zur inneren wie auch äußeren der DDR, also auch zum MfS und zum Grenzregime, zu bekennen.
Machtorgane sind wichtige Garanten für die Sicherung bestehender Machtverhältnisse. Deshalb richtet sich auch der ganze Hass unserer Feinde bis heute gegen die Machtorgane der DDR, gegen das MfS.

Das Ministerium für Staatssicherheit hat für die Zukunft Bleibendes hinterlassen, wichtige Lehren, auch Nachdenkliches. Vollauf bestätigt hat es in seiner nahezu 40-jährigen Geschichte die Leninsche Lehre: "Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen weiß".

Beitrag des Genossen Joachim Traut, Sprecher der AG von Verbänden des Ostdeutschen Kuratoriums beim Landesverband DIE LINKE, Thüringen

Ich komme aus Thüringen, dem Bundesland, in dem seit dem 5. Dezember 2014 eine Rot-Rot-Grüne Koalitionsregierung mit einem Ministerpräsidenten mit dem Mitgliedsbuch der Partei DIE LINKE regiert. Eine Koalitionsregierung mit einer Stimme Mehrheit. Was die Parteibasis in Thüringen angeht, so gibt es eine breite Mehrheit für diese Regierung, wie zumindest das Ergebnis der Mitgliederbefragung bestätigt. Auch in den wenigen Wochen in dem diese Koalitionsregierung im Amt ist, gibt es diese Zustimmung. Sicher erste Ansätze für eine andere Politik sind vorhanden, z. B. wenn es um die Flüchtlingspolitik, die Neueinstellung von Lehrern, mit dem Ziel eine Reserve für Unterrichtsausfälle aufzubauen geht, die Abschaffung des von der CDU eingeführten Elterngeldes, als Möglichkeit Mittel für ein kostenfreies Jahr zur Betreuung der Kinder in den Kitas zu sichern. Der Ministerpräsident Bodo Ramelow und seine Ministerinnen und Minister sind im Land viel unterwegs, einschl. auf Gegenveranstaltungen, die sich gegen die Kundgebungen von Pegida richten. Jedoch: Das Wahlprogramm der LINKEN ist kein Koalitionsvertrag und in diesem ist wenig vom Wahlprogramm der LINKEN übrig geblieben, und dies auch noch zum Teil in abgeschwächter Form. Soweit. Jedoch haben sich die Koalitionsregierung und ihr Ministerpräsident die umfassende Aufarbeitung der „SED-Diktatur“ auf die Fahne geschrieben. Was mit einer sogenannten Protokollnotiz aus den ersten Sondierungsgesprächen im September des vergangenen Jahres begann, ist nun regierungsamtliche Politik. Bodo Ramelow trat in einer Veranstaltung mit Jahn in der „Gedenkstätte“ in der Erfurter Andreasstraße auf und auf einem Podiumsgespräch mit Eppelmann zur alljährlichen Geschichtsmesse der „Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur“, im Januar diesen Jahres im Ringberghotel Suhl. Eppelmann ist der Vorsitzende dieser Stiftung. Hier kündigte Ramelow an, in seiner Koalitionsregierung unter der Leitung einer Staatssekretärin in der Staatskanzlei eine Arbeitsgruppe zu schaffen, die sich mit diesem Thema beschäftigen soll. Als Schwerpunkt wurde dabei der Selbstmord eines Grenzaufklärers der Grenztruppen der DDR in den siebziger Jahren in der Rhön, der Selbstmord eines Bürgers in der Bezirksverwaltung Gera des MfS und Zwangsadoptionen in der DDR benannt. Er sprach von ca. 10.000 Fällen und er habe bei Gesprächen mit Betroffenen sowie bei Einblicken in Akten „in Abgründe“ geschaut. Erneut geht es auch um das Thema der Aussiedlungen im Grenzgebiet der DDR zur BRD in den fünfziger und nachfolgenden Jahren. Themen, die bereits in den neunziger Jahren bearbeitet wurden und damals zu keinen nennenswerten Ergebnissen führten. Faßt man zusammen, so kann man die Feststellungen treffen: „Von der sogenannten Protokollnotiz aus den Sondierungsgesprächen im September 2014 zur regierungsamtlichen „Aufarbeitung der DDR-Dikatur“ oder in den fünfundzwanzig Jahren CDU-Herrschaft in Thüringen stand die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in Thüringen nicht derart im öffentlichen Mittelpunkt wie in den wenigen Wochen der Koalitionsregierung unter dem „linken“ Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Bedauerlich ist, dass die Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE Susanne Hennig-Wellsow und ihr Stellvertreter Steffen Dittes sowie die weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes und ein großer Teil der Mitglieder des Landesvorstandes diese Politik mittragen bzw. von Anfang an verteidigen nach der Devise, wenn wir nicht damit in die Offensive gehen, machen dies andere. Wir sind als Arbeitsgruppe von Verbänden des OKV in Thüringen beim Landesverband DIE LINKE dieser Art von Geschichtsarbeit seit der bereits genannten Protokollnotiz im September 2014 kontinuierlich entgegengetreten. Mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Steffen Dittes haben wir mit den Genossen aus den Thüringer Verbänden des OKV nach der Veröffentlichung des Entwurfs der Koalitionsvereinbarung eine Beratung durchgeführt. Wir haben unmittelbar nach der Bildung der Koalitionsregierung als Arbeitsgruppe den Mitgliedern der Thüringer Verbände des OKV in einem Brief dazu unseren Standpunkt dargelegt. Dieser Brief fand eine breite Zustimmung. Wir sind nunmehr dabei mit Genossen Prof. Dr. Lieberam aus Leipzig

eine weitere Versammlung zur aktuellen Thüringer Situation durchzuführen. Nachdem wir in den zurückliegenden Jahren, damals noch als Koordinierungsgruppe Politische Strafverfolgung des Landesvorstandes DIE LINKE.Thüringen ein Faltblatt zu Point Alpha und zur Andreasstraße Erfurt herausgegeben haben, so werden wir im April, aus Anlass des 70. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ-Buchenwald eine weitere Publikation mit den Schwerpunkten: Das Illegale internationale Lagerkomitee, die Selbstbefreiung und die Rolle der Buchenwaldhäftlinge nach ihrer Befreiung in Thüringen herausbringen. Soweit einige Bemerkungen zur Situation in Thüringen und zu unserer Arbeit in und mit den Verbänden des OKV in Thüringen. Leider können wir nunmehr nicht mehr auf eine Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand DIE LINKE in Thüringen zählen, wie dies in den zurückliegenden Jahrzehnten der Fall war. Aber wir machen weiter. Das ist unsere Position.
(Dieser Beitrag wurde von Jochen Traut schriftlich nachgereicht)

Beitrag des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Sicherheit der GRH, Dr. Reinhard Grimmer

Erinnerungen sind Bausteine für die Zukunft, für eine bessere als die gegenwärtig zum „Ende der menschlichen Geschichte“ hochgejubelte kapitalistische Ausbeuter- und Kriegsgesellschaft.

Unsere wissenschaftliche Weltanschauung, der Marxismus-Leninismus, der dialektische und historische Materialismus lehren uns, die Geschichte der DDR und damit auch die des MfS nicht vom Ende her, sondern in ihrer Entwicklung zu betrachten. Das war und ist auch das Hauptanliegen der inzwischen umfangreichen Bibliothek an authentischen Sach- und Erlebnisbüchern zum MfS. Darunter die der AG „Aufklärer“ und AG „Sicherheit“ beim Vorstand der GRH. Ich gehe davon aus, dass die historischen Fakten zur Bildung und Entwicklung des MfS in der Einheit von Abwehr und Aufklärung, auch sein Ende, bestens bekannt sind. Das gilt ebenso für die jüngsten Pressebeiträge zum 65. Jahrestag des MfS:

- das „Interview-Gespräch mit Gen Schwanitz und Großmann“ in der jW vom 31.01./01.02. 2015 (zugleich in den www-Adressen der GRH, von ISOR und Insider) veröffentlicht,
- im RotFuchs 2/2015 die Beiträge der Genossen Offenhaus und Neubert

und

- sicher auch der Beitrag von Rechtsanwalt P. M. Diestel im „nd“ vom 10. 02. 2015.

Deshalb will ich mich in meinem Beitrag auf 3 aktuelle Entwicklungstendenzen in der Erinnerungsschlacht (m. E. treffender im „**Erinnerungskrieg“** gegen die DDR) konzentrieren. Ich meine, wir haben es mit einer Eskalierung der psychologischen Kriegsführung gegen die DDR, die SED, eingeschlossen nicht nur das MfS, auch die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane, die Justiz…., mehr noch, faktisch alle „Träger“ unseres Staates, einschließlich der Blockparteien und gesellschaftlichen Organisationen bis zu den jungen Pionieren zu tun. Selbst die von der Aufarbeitungsindustrie als „Staatsnahe“ kategorisierten DDR-Bürger sind in diese flächendeckende Diffamierungs- und Delegitimierungswellen einbezogen. Ohne Hellseher zu sein: Das wird die historisch datenträchtigen Erinnerungstage 2015 und darüber hinaus beherrschen!

25 Jahre nach dem konterrevolutionären Anschluss an die BRD, dem Hassfeldzug einer jährlich Millionen Euro verschlingenden Aufarbeitungs- und Diskriminierungsindustrie unter dem politischen Kampfbegriff „Unrechtsstaat“ erweist sich: **Die DDR lebt! Und das stellt sich für die Herrschenden als höchst gefährlich dar.**
Frau Birthler (im ehem. Haus- und Hofblatt Konrad Adenauers, dem Rheinischer Merkur Nr. 24/2003): ***„Der Geist eines Systems hält länger als das System selbst. Wichtig bleibt das Anliegen, das Bild der DDR nicht einer Verklärung auszuliefern und Menschen, die sich politisch diskreditiert haben, von der Macht fern zu halten. Es geht um die Frage, was unseren Enkeln einfällt, wenn sie das Wort DDR hören. Als erster wohl: Die Mauer. Was aber wird der zweite, dritte, vierte Begriff sein? Stasi? Diktatur? Oder werden sie sagen: Vollbeschäftigung, Ruhe und Ordnung? – Darum wird gekämpft!“***
Und ich füge hinzu: Indem die DDR-Geschichte permanent verdammt, verfälscht und verteufelt wird, verklärt sich die Westzeit von ganz alleine und in den angenehmsten Farben – so die Erwartung!

Aber offenkundig läuft das alles nicht so, wie sich das die „Aufarbeiter“ und ihre Auftraggeber so wünschen. Im Beschluss der Bundesregierung und der Mehrheit im Bundestag vom Januar bzw. März 2013 zum Bericht des damaligen Staatsministers für Kultur und Medien, Bernd Neumann/CDU, über den „Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ (den die inzwischen neue Staatsministerin Grütters sofort nach ihrem Amtsantritt als auch ihre Handlungsmaxime bekräftigte, heißt es zur Lage:
Bei der Aufarbeitung und der Wahrnehmung der DDR gebe es *„ zwei Tendenzen, die besorgniserregend“* seien:

- *die Verharmlosung, mitunter sogar Verklärung des Lebens unter der SED-Diktatur* und
- *das ausgeprägte Nichtwissen insbesondere junger Menschen über die DDR und die dort herrschenden Verhältnisse.*

Dieser Trend schwäche die zentrale Bedeutung der Werte *„Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte“*. Und weiter: ***„Diese alarmierenden Ergebnisse muss alle Verantwortlichen in Deutschland wachrütteln, die Anstrengungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur noch weiter zu verstärken.“*** Deshalb sei ***„ …die konsequente und differenzierte Aufarbeitung der Diktatur der SED… ein zentrales Anliegen der Bundesregierung“.***

Diese „konsequente“ und zugleich „differenzierte Aufarbeitung“ soll zu einer fortdauernden gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht werden. Deshalb wird vor allem mittels der 4. Gewalt im Staate, der Macht der Medien, wie Genosse G. Sarge im RotFuchs 1/2015 schrieb, ***„alles ausgekramt*** (werden), ***was mit Hammer, Zirkel und Ährenkanz zu tun hat. Einzige Bedingung der aufarbeitenden Gilde: Die DDR muss mies und fies sein“***
Mit Blick auf die nachwachsenden Generationen, die keine eigenen Erfahrungen mit der Zeit der deutschen Teilung besitzen, sei deshalb eine stetige Weiterentwicklung der Instrumente der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur erforderlich.

Um welche handelt es sich dabei besonders?

1. Zur wirkungsvolleren Begegnung der konstatierten „Ostalgie“ sollen die *„wissenschaftlich fundierten Kenntnisse über die SED-Diktatur…“* verstärkt werden. Was damit gemeint ist, was sich hinter dieser „Wissenschaftlichkeit“ verbirgt, ist ganz aktuell u. a. zu entnehmen aus der Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag, warum keine eigenen Gedenkakte zum 8. Mai durchgeführt und dieser nicht zum nationalen Gedenktag erklärt wird: ***„Entsprechende Planungen dazu bestehen nicht.“*** Man wolle kein ***„staatlich verordnetes …sondern ein wissenschaftlich fundiertes Geschichtsbild“*** fördern.

(Siehe jW; 11. 02. 2015). Dafür hat man aber einen „Gedenktag zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung“ eingeführt.
Und nicht nur am Rande zum „wissenschaftlichen Geschichtsbild“: In Berlin fand Anfang Februar eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema statt **„Tiere unserer Heimat. Auswirkung der SED-Ideologie auf gesellschaftliche Mensch-Tier-Verhältnisse in der DDR“**. In der jW hieß es dazu: „***Der Boulevard hatte schon immer ein großes Herz für Tiere, größer war*** (aber) ***der Hass auf die DDR. Jetzt verbindet die Wissenschaft Hass und Herz. Der Irrationalismus erhält Forschungsgelder,… gilt es doch, abscheuliche Neuigkeiten über den SED-Staat herauszufinden“.***

Das Vorgenannte und weiteres könnte angefügt werden, das Nachfolgende stellt m. E. aber alles in den Schatten, was mittels „wissenschaftlicher Aufarbeitung“ vor allem erzielt werden soll. Das ist aus meiner Sicht die wissenschaftlich verbrämte Begründung, warum die „SED-Diktatur“ letztlich schlimmer war als der Hitlerfaschismus (oder wie sie bewusst sagen „Nationalsozialismus“).
Im BStU-Tätigkeitsbericht 2007 der Birthler heißt es: (in Klammern die Übersetzung ins verständliche deutsch)
„Im Nationalsozialismus hat es eine so elaborierte (bis in feinste Einzelheiten differenzierte)***, institutionell derart verfeinerte und verfestigte Durchherrschung der Gesellschaft, einen solchen sozial-technischen Arkan-Bereich*** (Geheimmittelbereich) ***, wie wir ihn nach dem Untergang des Staatssozialismus vorfanden, nicht gegeben, wenn wir von der höchstarbeitsteiligen Vorbereitung und Durchführung des Judenmordes einmal absehen. In diesem Sinne war das Dritte Reich gar keine avancierte*** (einen höheren Rang einnehmende)***, sondern lediglich eine atavistische*** (vom Rückfall in primitives Stammesverhalten gekennzeichnete) ***Diktatur.“***
Die DDR war demzufolge „schlimmer“

- „wenn von der höchstarbeitsteiligen Vorbereitung und Durchführung des Judenmordes abgesehen wird“;
- weil eine zum Dritten Reich „höheren Rang einnehmende Diktatur“;
- weil „keine von primitiven Stammesverhalten gekennzeichnete Diktatur“ sondern „von einem Geheimmittelbereich durchherrschte Gesellschaft“;
- weil „perfider“, d. h. verschlagener, hinterlistiger, heimtückischer als das faschistische deutsche Verbrecher-Regime;
- weil keine „Konsensdiktatur“ wie das Hitlerregime, sondern eine Diktatur einer Minderheit „gegen eine relevante Mehrheit der Bevölkerung“.

Und für diese „Erinnerungskultur“ würden die Akten des MfS auch weiterhin wichtige Grundlagen bilden!!! Aber auch die erweisen sich als **„Unbequeme Zeitzeugen“:**

- Sie geben nichts her in Bezug auf Mordanschläge und Folter.
  U. a. antwortete die BStU auf Anfrage des RF-Lesers Johann Weber; (RF 1/2015) z. B. ***„An tatsächlich durchgeführten (jedoch glücklicherweise fehlgeschlagenen Tötungsakten) ist bislang nur einer auf einen Fluchthelfer während einer Israelreise bekanntgeworden, der meist als Buletten-Mord rezeptiert worden ist.“*** (Und Letzteres erinnert stark an die Storry vom angeblichen Auftragsmörder aus Rheinsberg, die Klaus Huhn in einem seiner Bestseller im spotless-Verlag beschrieben hat.)

- Und jetzt hieß es sogar medienwirksam in dicken Lettern: **„Angst vor den Stasi-Akten“**: Sie könnten z. B. zum Oktoberfestattentat in München von 1980 und den dazu eingeleiteten

neuen Ermittlungen „..brisantes Material aus dem Westen vor dem Reißwolf schützen“ (jW 11.02.2015)**.**

- Die „Wasserzelle“ in der „Gedenkstätte Hohenschönhausen“ ist „entsorgt“. Und zum sogenanntem „Bürgertag“ im Berlin-Lichtenberger „Campus für Demokratie“ am 17. Januar diesen Jahres war bei der Eröffnung der neuen BStU-Dauerausstellung zum MfS im sogenannten Stasi-Museum u. a. zu vernehmen:
  Erforderlich sei ein differenzierteres Bild zum MfS, insbesondere zu IM; das MfS sei nicht Staat im Staate gewesen, sondern ein Teil des Herrschaftssystems des SED-Staates; und die ansonsten üblichen Schautafeln über Mord-, Folter- und andere angebliche Gewaltverbrechen musste man suchen.

- Aufschlußreich ist auch das BStU-Projekt einer Editionsreihe unter dem Titel „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953 – 1989.“ Im jüngst erschienenen Band „Herbst ’89 im Blick der Stasi….“ heißt es u. a. auf S. 11 bzw. 19: „Ohne dem Mythos von der ‚Allwissenheit’ der Stasi in der DDR das Wort reden zu wollen, lässt sich schon allein aufgrund der ZAIG-Berichte nicht von der Hand weisen, dass die Staatssicherheit sehr präzise über die Situation in der DDR, die Stimmung der Bevölkerung, die expandierende Oppositions- und Ausreisebewegung sowie die Dynamik der Entwicklung im Bilde war. Diese Informationen gingen weit über Veröffentlichungen der ‚Westmedien’ hinaus. …. Erich Mielkes Behauptung (gemeint ist sein Redebeitrag in der Volkskammersitzung am 13. November 1989-Gri), …Alle Unzulänglichkeiten, manchmal von ganz kleinen Dingen bis zu den größten, haben wir gemeldet’, kann gerade auch vor dem Hintergrund der MfS-Berichte aus dem Jahre 1989 als weitgehend zutreffend angesehen werden. Ebenso seine Feststellung `Wir haben Vorschläge gemacht’. Das Unvermögen der Staats- und Parteiführung der DDR, auf die Eskalation der Ereignisse angemessen zu reagieren, ist jedenfalls nicht auf eine unzureichende Information durch die DDR-Geheimpolizei (gemeint ist das MfS - Gri) zurückzuführen.“

2. Der Antikommunismus gehört nicht erst heute in gewissen Führungskreisen der Linkspartei zum guten Ton. Ich verweise besonders auf die Erklärung im November 2014 „Brücken bauen - Zeit für eine neue Erinnerungspolitik“.
Frage: Zwischen wem sollen Brücken gebaut werden und wohin sollen sie Übergänge schaffen? Die Praxis gibt – so meine ich – Antwort: Für die einvernehmliche, vom Zeitgeist bestimmte „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ unter besonderer Berücksichtigung ihrer „Alltagskultur“ und mit dem Ziel der „Bildung der jungen Generation zur Demokratie“. Was sicher nicht nur aus meiner Sicht heißt: Im Gleichschritt mit den Jahns, Lengsfelds und Knabe(laris) jede nur im Ansatz positive Sicht auf die DDR über Bord zu werfen und dafür unterwürfig den „Kniefall“ zu praktizieren. (Verweis auf Ekkehard Lieberam: Der Kniefall von Thüringen. Die Linke und die Unrechtsstaat-Debatte – eine Dokumentation. Schriftenreihe des FORUM GEELLSCHAFT UND POLITIK; pad-verlag, ISBN 978-3-88515-263-7).
Übrigens: Es ist ja nicht nur „Brückenbau“ zu einer neuen Erinnerungskultur, sondern m. E. zugleich auch Abbau der letzten noch vorhandenen positiven Sichten auf die DDR und Leistungen der SED. Selbst die dazu noch vorhandenen, wenn auch massiv schwankenden historischen Hängebrücken sollen zerschnitten werden!

Der „brückenbauende Kniefall“ aus Thüringen wird noch inhaltschwerer mit dem Blick darauf, dass (wie auf der Bundesregierungsebene) nun auch in Thüringen die „Aufarbeitung der DDR-Diktatur“ zur Chefsache erklärt wurde. Da bekanntlich die Bildung in der BRD Ländersache

ist, brachte Bundespräsident Gauck sofort seine Erwartung zum Ausdruck, dass nunmehr auch ***„konkrete Schritte, etwa bei den Lehrplänen in den Schulen“,*** erfolgen.

Anfang Januar traf sich der Thüringer Ministerpräsident mit Roland Jahn, nicht etwa in der Staatskanzlei, nein, er machte Jahn die Aufwartung (seinen „Antrittsbesuch“ wie die „Thüringer Allgemeine“ titelte) in der Erfurter Außenstelle der BStU. Und bei der Geschichtsmesse in Suhl traf er sich mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesstiftung „Aufarbeitung“, Rainer Eppelmann.
Und welche Ergebnisse sind medienwirksam propagiert worden?:

Hier nur in Kurzfassung:.

- Gleichstellung von Gestapo und MfS (Verweis auf Werner Großmann in der jW vom 29./30.11. 2015: *„Mit seiner Gleichstellung von Gestapo und Ministerium für Staatssicherheit der DDR übertrifft Herr Ramelow alle bisherigen Verteufelungen des MfS, von wem auch immer ausgesprochen.“*

- Ministerpräsidentenweihe der sog. Gedenkstätte „Andreasstraße“ in Erfurt. (Verweis auf die Broschüre gegen die dortigen Lügen, Halbwahrheiten und bewusst verschwiegenen Tatsachen unter dem Titel: „Gedenkstätte Andreasstraße. Die Schwierigkeiten des Erinnerns“. Sie zeigt auch, wie außerordentlich schwierig es ist, sich im Konzert der Delegitimierungsstimmen mit sachlich vorgetragenen Gegen-Positionen zu behaupten, aber auch, wie notwendig das ist und wie man das auch bewerkstelligen kann. Verweis auch auf Prof. Schneiders Buch „Elbhang Bautzener Straße in Dresden. Verleumdungsmanufaktur oder Gedenkstätte? Ein Beitrag zur „Erinnerungsschlacht“ Made in Sachsen“. Letzeres steht auch komplett im Internet unter der Adresse www.mfs-insider.de.und wird dort beachtlich oft aufgerufen).

- Im Zusammenhang mit einer Podiumsdiskussion in Erfurt und der Bildung einer Arbeitsgruppe zum DDR-Unrecht in der Thüringer Staatskanzlei: Verkündung der Absicht, die „Chancen und Hürden“ des juristischen und politischen Wiederaufnahmeverfahrens zum Selbstmord des Matthias Domaschk (1981) prüfen zu lassen, obwohl damals eindeutig und rechtskräftig geklärt. Und er fügte dem hinzu, dass nunmehr auch die ca. 10.000 Zwangsadaptionen in der DDR untersucht und aufgearbeitet werden sollen.

- Gemeinsam mit BStU-Jahn erfolgte der Vorstoß für die Schaffung eines bundesdeutschen Gedenktages für die “Opfer des SED-Regimes“ sowie eines Denkmals für die „Diktatur-Opfer“.

Und nicht nur in Thüringen, wenn auch dort besonders, ermuntert durch den Koalitionsvertrag und Herrn Ramelows „SED-Unrechtsverständnis“, lässt BStU-Jahn keine Möglichkeit aus, an die ehem. hauptamtlichen und Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS zu appellieren, endlich zu ihrer „Stasi-Biografie zu stehen“, sich „mit Einsicht und Bedauern“ öffentlich zu bekennen. Erwartet wird, dass wir dazu beitragen, den „Stasi-Opfern“ zu ihrer Rente bzw. zu Entschädigungen zu verhelfen. Und nicht zu überlesen ist der Wunsch, jeder einzelne solle sich für das MfS insgesamt entschuldigen, den Buckel krumm machen und in Demut niederknien.

Es gab Zeiten, da sollten wir mundtot gemacht werden, wurden uns Versammlungsräume gesperrt, unsere Bücher im Buchhandel gedeckelt ….oder Versuche unternommen, wie in der jW am 4. 09. 2014 bei der Präsentation unseres Buches „Unbequeme Zeitzeugen“, sachliche Darstellungen und Diskussionen durch hysterisches Kreischen und Gejohle zu stören oder auch durch Drohgebärden einzuschüchtern. Als das nicht aufging, bekam es wenige Tage später Egon

Krenz noch massiver zu spüren, als er in der jW-Ladengalerie mit seinem aktualisierten Buch „Herbst 89“ war. Ich will es dabei bewenden lassen – es wäre ein nachmittag- und abendfüllendes Programm, darzustellen, wie sich die „Aufarbeiter“ unseren „Kniefall“ vorstellen. Sicher gibt es in diesen Kreisen auch Ausnahmen…….

Ihr stimmt mir zu: Angesichts dieser Entwicklung und der absehbaren Höhepunkte der „Aufarbeitungs- und Delegitimierungsindustrie“, allein in diesem Jahr, können wir doch nicht auf der Couch sitzen und nur die Fäuste in der Hosentasche ballen. Und wir werden es auch weiterhin nicht beim *„man könnte, man sollte, man müsste…*! belassen. Wir stimmen Günter Sarge im RF 1/2015 zu: Man sollte nicht bei Attacken, bei jedem unsachlichen Angriff auf unsere Geschichte gleich den Kopf einziehen und in falsches Schuldbewusstsein verfallen. Und fügen hinzu: Aber auch nicht über jeden Stock zu springen, der uns durch die „Aufarbeiter“ hingehalten wird, zumal uns der Zugang zu den Akten verwehrt wird.

Wir haben uns entschieden und meinen, damit richtig zu liegen, uns mit unseren Möglichkeiten vor allem auf die Erarbeitung von Sach- und Erinnerungsbüchern zur Tätigkeit des MfS zu konzentrieren. Immer verbunden mit dem Bemühen, damit

- den aktuellen und zu erwartenden Auseinandersetzungen zu dienen,
- besonders jungen Menschen zu helfen, sich im Vergleich mit anderen Veröffentlichungen eigene Urteile zu bilden, Antworten zu finden und sich nicht in das Schlepptau der Geschichtsfälschungen, Halbwahrheiten und Lügen zu begeben.

(Ich erinnere daran, dass z. B. der Doppelband „Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS“ und das Buch „Fragen an das MfS…“ auch über die Adresse www.mfs-insider.de aufgerufen werden können. Sie enthalten gerade in Bezug auf die jüngsten Hasstiraden hochaktuelle Antworten.)

Dass wir mit der Erarbeitung von Büchern richtig liegen, zeigen die Reaktionen auf eines der jüngsten Bücher in der nicht vom Zeitgeist bestimmten MfS-Bibliothek „Unbequeme Zeitzeugen. Erinnerungen von MfS-Angehörigen“. In einem Expose zu einem Filmprojekt mit dem rbb „Was wurde aus der Stasi?“, war zu entnehmen, wir hätten …“*bisher die öffentliche Debatte bestimmt*“, deshalb wolle man….

Wir wissen das real einzuschätzen, und wir denken, auch den Hintergedanken einer solchen Wertung zu kennen und versichern, weiter der geschichtlichen Wahrheit und der Gerechtigkeit zu dienen, wie das auf unserer 11. Vertreterversammlung der GRH beschlossen und jüngst in der nd-Annonce am 8. Februar öffentlich gemacht wurde.

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,
wir hatten uns als Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einer guten Sache, Sozialismus und Frieden, verschrieben.
Wir sind stolz darauf, mit unserer Arbeit beigetragen zu haben, was im Osten Deutschlands unter Führung der SED im Ergebnis der antifaschistisch demokratischen Umwälzung, der Beschlüsse zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und auf dem Weg zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft – trotz Fehler, ungelöster Probleme und letztlich Niederlage, in der DDR in 40 Jahren geschaffen wurde.
Setzen wir uns mit dafür ein, dass die guten Traditionen der SED, ihr konsequenter Antifaschismus, Friedenswille und Fortschrittsanspruch im Interesse des werktätigen Volkes konstruktiv gehütet, die damit verbundenen Erfahrungen sachlich aufgearbeitet, behandelt und für eine bessere Gesellschaft genutzt werden.

Wir lassen uns nicht als Zeugen gegen die SED, der wir angehörten, deren Parteitagsbeschlüsse und Klassenaufträge uns Verpflichtung waren, die wir zum Gegenstand unserer politisch ideologischen Arbeit und insgesamt zur Motivation für die Erfüllung aller dienstlichen Aufgaben machten, in Stellung bringen.

Die DDR war kein Unrechtsstaat, sie war und bleibt unser Vaterland!

Beitrag von Dieter Skiba, Mitglied der Arbeitsgruppe Sicherheit

Wenn wir heute und hier zusammen gekommen sind, um des 65. Jahrestages der Bildung des MfS zu gedenken, so ordnet sich das ein in eine ganze Reihe von für uns als engagierte Linke und überzeugte Antifaschisten bedeutsamen Jahres- und Gedenktagen in diesem geschichtsträchtigen Jahr 2015. Dabei denke ich z.B an den bereits hinter uns liegenden 70. Jahrestag der Krimkonferenz und der Befreiung des KZ Auschwitz sowie an all die anderen noch bevorstehenden KZ-Befreiungstage.
Zum 70. Male jährt sich auch das Potsdamer Abkommen und der Beginn des Nürnberger Tribunals gegen die faschistischen Hauptkriegsverbrecher und die Übernahme der Nürnberger Prinzipien in das demokratische Völkerrecht. Erinnern sollten wir uns auch an die Herausgabe des „Braunbuchs über Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD und in Westberlin“ vor 50 Jahren sowie die Verhinderung der in der BRD für 1965 vorgesehenen Verjährung für sämtliche Nazi- und Kriegsverbrechen.

Erinnern an den 65. Jahrestag der Bildung des MfS verbindet sich vor allem aber mit dem 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges. Der 8. Mai 1945 war, ist und bleibt für uns der Tag der Befreiung vom Faschismus und der Erinnerung an das Vermächtnis der Millionen Opfer der Nazibarbarei.
„Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus“ – diese millionenfache Forderung nach dem Sieg über das faschistische Deutschland war damals die Losung des Tages und sie hat an Aktualität bis heute nichts verloren - sie ist derzeit aktueller denn je.
Schwadronieren doch Leute wie Gauck, Steinmeier, von der Leyen und andere immer nachhaltiger von „neuer deutscher Verantwortung“ in Form von weltweiten Militäreinsätzen. Für den „Krieg gegen den Terror“ werden alte Feindbilder wiederbelebt. Mit der Eskalation von Konflikten (wie derzeit im sogenannten Ukraine-Konflikt) einhergehend erhöht sich die Gefahr eines neuen heißen Krieges in Europa.
Sorge um den Frieden – wie es das demokratische Völkerrecht gebietet –, Deeskalation und Entspannung, friedliche Konfliktlösung und Gleichberechtigung der Völker in den internationalen Beziehungen ist zwingender denn je geboten!

Der wohl wichtigste Gedenktag dieses Jahres, der 70. Jahrestag des 8. Mai 1945, der Tag der Befreiung sollte vor allem auch im heutigen Deutschland Vorrang haben vor allen anderen staatlichen Gedenktagen, weil er wie kein anderer symbolhaft steht für das Ende des abscheulichsten deutschen Verbrecherregimes aller Zeiten und die Verpflichtung einschließt, alles dafür zu tun, dass sich derartige Verbrechen gegen das eigene Volk und andere Völker und Nationen nicht wiederholen. Von deutschem Boden sollte nie wieder Krieg und Verderben gegen andere Völker ausgehen. Dafür standen nicht nur wir mit all unseren Kräften Mitteln und Möglichkeiten ein.
In diesem Zusammenhang will ich erinnern an die skandalöse Verweigerungshaltung der BRD zu einer am 21.11.2014 verabschiedeten UN-Resolution gegen die Verherrlichung des Faschismus und der Nazi-Kollaboration durch die Errichtung von Denkmälern für Nazi-Funktionäre und die Stilisierung von Nazi -

Kollaborateuren zu „Freiheitskämpfern“ und „Aktivisten nationaler Befreiungsbewegungen“ gegen „russische Besatzung“ und „Unterdrückung von Freiheitswillen“ in den ehemals sozialistischen Staaten.
In den Medien dominiert derzeit u.a. die Aussage, es sei auf die eine Okkupation die andere gefolgt und ein neues „Unrechtsregime“ errichtet worden. Die „wahre Befreiung“ sei erst 1989 gekommen. Und dafür werden sogar die Losungen der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ mißbäuchlich benutzt.
Vor 70 Jahren markierte die Zerschlagung der Nazi-Herrschaft den Sieg der Menschheit über das menschenverachtende und menschenvernichtende Verbrechersystem des Hitler-Faschismus.
Wir schließen uns deshalb den Forderungen nach Verurteilung faschistischer Umtriebe in Europa und in der Bundesrepublik ohne wenn und aber an.
Und da unterscheiden wir uns eben grundsätzlich von denen, für die sich der 8. Mai 1945 als Tag des Kriegsendes mit einer militärischen Niederlage „Deutschlands“ darstellt, mit der man sich nicht abfinden will. Wie bereits erwähnt, hat die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion zum Gedenken an den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus verlauten lassen, keine eigenen geschichtspolitischen Aktivitäten zu diesem Themenkomplex im Gedenkjahr 2015 zu planen. Konsequent ist da auch nicht von der Befreiung vom Faschismus die Rede, sondern benutzt wird die Bezeichnung „Ende des zweiten Weltkrieges“. Damit fällt man hinter die Rede des kürzlich verstorbenen Ex-Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung zurück und ist wieder bei der Sichtweise der alten BRD mit ihren geschichtsrevisionistischen Ambitionen und Aktivitäten. Von daher ist es auch nicht verwunderlich, dass es nunmehr einen offiziellen staatlichen Gedenktag für „Flucht und Vertreibung der Deutschen“ geben wird.

Die DDR – eingeschlossen ihre Schutz- und Sicherheitsorgane - hat in den 4 Jahrzehnten ihrer Existenz einen großen und unverzichtbaren Beitrag zur völkerrechtlich gebotenen Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen / Verbrechen gegen die Menschlichkeit geleistet und damit auch zur Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt beigetragen. Sie setzte sich mit Wort und Tat gegen Krieg und Kriegstreiberei ein und für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Hier wurde konsequent entnazifiziert und Antifaschismus war Staatsdoktrin! Mit Recht können wir stolz darauf sein, diesem antifaschistischen Friedensstaat mit Herz und Verstand gedient zu haben!.

Das MfS hat in den 40 Jahren seiner Existenz als staatliches Aufklärungs- und Abwehrorgan sowie mit den strafprozessualen Befugnissen eines Untersuchungsorgans einen sowohl national als auch international bedeutsamen Beitrag zur Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtung zur Aufdeckung, Aufklärung und Ahndung von Nazi- Verbrechen, faschistischen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie zur Erforschung von Naziterror und antifaschistischem Widerstand geleistet.
Bereits seit seiner Bildung bestand dieser Beitrag zunächst in Vorgängen und Verfahren gegen Altnazis, die durch die politisch-operative Arbeit des MfS vor allem im Zusammenhang mit Aufklärungs- und Untersuchungshandlungen gegen Tatverdächtige der Spionage, Sabotage und anderer gegen die DDR gerichteter subversiver Tätigkeit bekannt geworden sind und denen Tatbeteiligung an faschistischen Verbrechen nachgewiesen werden konnte. Altfaschisten und an Naziverbrechen beteiligt gewesene Täter gehörten schließlich zur wichtigsten Agenturbasis des antikommunistischen Gegners.
Zunehmend und ab Ende der 1950er Jahre generell sind dann alle weiteren Verfahren wegen Nazi-Verbrechen ausschließlich durch operative Diensteinheiten und Untersuchungsabteilungen des MfS bearbeitet worden. So sind mindestens 160 DDR-Strafverfahren seit 1950 mit mehr als 200 Angeklagten Resultat dieser Seite der Tätigkeit des MfS. Die Benennung von exakten Zahlenangaben bereitet insofern Schwierigkeiten, weil im MfS ebenso wie von der DDR-Justiz nicht von Anfang an eine spezielle Statistik über die Verfahren zu Nazi-Kriegsverbrechen/VgM geführt, sondern erst im Jahre 1964 durch die Generalstaatsanwaltschaft der DDR rückwirkend erarbeitet wurde und erstmalig in der Dokumentation „Die Haltung der beiden deutschen Staaten zu den Nazi-und Kriegsverbrechen“ veröffentlicht worden ist. In der damals dazu beim GStA der DDR angelegten Kartei nach den Namen der Verurteilten ist zumeist nicht ausgewiesen worden, ob die Urteile aus Verfahren beim Untersuchungsorgan des MfS oder der Kriminalpolizei resultieren. Von daher sind Angaben über die Anzahl der vom MfS geführten Verfahren als ein auf gesicherten Erkenntnissen beruhendes Minimum anzusehen und keinesfalls auszuschließen, dass in Hohenschönhausen oder anderen Untersuchungshaftanstalten des MfS weitaus mehr an Nazi-

Kriegsverbrechen/VgM beteiligt gewesene Täter eingesessen haben und die Gesamtzahl der auf Ermittlungs- und Untersuchungsvorgängen des MfS basierenden Urteile gegen diese Verbrecher höher war, als das bisher sicher ausgewiesen werden kann.
Dazu aber müßten die in der „Gauck-Birthler-Jahn-Behörde“ (BStU) separierten und der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Aktenüberlieferungen (Untersuchungsvorgänge ebenso wie Haftakten, Karteien und Dossiers etc.) zur Verfügung stehen. Das ist aber für uns als diejenigen, die seit 1990 als „Täter“ verschrien, diskreditiert und kriminalisiert werden, nicht möglich.
Deshalb sind wir dem niederländischen Professor Dr. Rüter und seinem Team dankbar für seine im Jahre 2010 abgeschlossene Dokumentation „DDR-Justiz und NS-Verbrechen“, mit der in 14 Bänden mehr als 900 ostdeutsche Strafurteile zu sogenannten NS-Tötungsverbrechen veröffentlicht wurden. Darunter befinden sich bis auf eventuell einzelne Ausnahmen alle MfS-Verfahren zu dieser Verbrechenskategorie. Insoweit sind wir in der Lage, uns darauf beziehen zu können und uns nicht nur auf eigene Erinnerungen berufen zu müssen.
Wer sich für die Urteile einschließlich eventuell nach 1990 „rechtsstaatlich“ ergangener Entscheidungen zu massenhaft gestellten Rehabilitierungsanträgen interessiert, dem kann über die Arbeitsgruppe Sicherheit der GRH mit Auskünften – evtl. auch Kopien - geholfen werden.
Besonders seit den 1960er Jahren sind vom MfS im Ergebnis zielgerichteter Recherchen, Ermittlungen und Untersuchungen eine ganze Reihe von in der DDR bis dahin unerkannt gewesene Nazi-Verbrecher aufgespürte und vor Gericht gebracht worden. Aufsehen und internationales Interesse erregten z.B. die Strafverfahren gegen Heinz Barth, einen der „Mörder von Oradour“, Henry Schmidt, Judenreferent der Gestapo in Dresden, Dr. Horst Fischer, SS-Arzt im KZ Auschwitz, Dr. Kurt Heißmeyer, mit Menschenversuchen (Kinder vom Bullenhuser Damm) befasster SS-Arzt, Erich Geißler, Nazi-Jurist beim Oberreichsanwalt des Volksgerichtshofes und Vollstreckungsleiter von Todesurteilen etc.
Mitunter kommt sogar die andere Seite nicht umhin, das auf diesen Gebiet vom MfS Geleistete anzuerkennen. So war z.B. im Spiegel (Nr. 36(2001) u.a. zu lesen: *„Immerhin aber brachte die Stasi zahlreiche schwere NS-Fälle vor Gericht, sie löste sogar das Rätsel, das eines der brutalsten Fotos von der Vernichtung des Warschauer Ghettos 1943 umgab: Der SS-Mann, der einen mit erhobenen Händen wartenden kleinen Jungen bewacht, wurde als DDR-Bürger Josef Blösche identifiziert und 1969 hingerichtet.“ A*n anderer Stelle hieß es : *„Insgesamt, bilanzierte das Bundesjustizministerium 1965, seien etwa 80 000 Deutsche "wegen der Beschuldigung, Kriegsverbrechen oder nationalsozialistische Straftaten begangen zu haben, verurteilt worden", 12 000 davon durch DDR-Gerichte.“* Lt. DDR-Statistik wurden hier 12890 Nazi-Täter verurteilt. Gegen ca. 17000 waren Ermittlungsverfahren anhängig gewesen. Das waren immerhin doppelt so viele wie in der nach Einwohnern 3,5-mal so großen Bundesrepublik.
Das Völkerrechtsgebot zur Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde in der DDR konsequent umgesetzt.
Dazu gehörte insbesondere die am geltenden Völkerrecht orientierte objektive, unvoreingenommene und dennoch parteilich am Vermächtnis der Opfer des Faschismus ausgerichtete Aufklärung sowie vor allem die gesetzlich bestimmte Nichtverjährung für die strafrechtliche Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen /VgM.
Und da unterschied sich die DDR von der BRD grundsätzlich (abgebrochene Entnazifizierung und Rückkehr alter Nazi-Eliten in Amt und Würden ; Amnestierung, Nichtverfolgung und Rehabilitierung von Nazi-Verbrechern; erneute Strafverfolgung von Antifaschisten und Friedensaktivisten; Antikommunismus als Staatsdoktrin).
Die Bundesrepublik ist durchaus auch mit daran beteiligt, dass vor allem in den ehemaligen sozialistischen Ländern alte und neue Faschisten wieder ihr Unwesen treiben können.

Wer in aller Öffentlichkeit und in unverschämter Art und Weise zu behaupten wagt, die „Stasi“ sei schlimmer gewesen als die Gestapo, der muß sich wohl auch öffentlich fragen lassen, woraus eine solche ungeheuerliche Behauptung resultiert.
Von daher ist zu fragen: *Ist es Mangel an Wissen um geschichtliche Wahrheiten und fehlende Sachkenntnis über den Gegenstand dessen, worüber geurteilt werden soll? Steckt etwa eine wohl kalkulierte Absicht dahinter, wenn tatsachenwidrige Behauptungen aufgestellt werden, die jeglichen Bezug zur Realität vermissen lassen? Woher bezieht derjenige seine „Erkenntnis“ und wer oder was steckt dahinter?*

Die Gestapo wurde bekanntlich in Nürnberg vom Internationale Militärtribunal wegen der Tatbeteiligung an ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen als verbrecherische Organisation verurteilt. Zu Einzelheiten über Massenverbrechen der Gestapo kann man sich auch anhand von Urteilen aus MfS-Vorgängen sachkundig machen oder auch bei westdeutschen Verfahren nachlesen.
Von der Gestapo wurden von Anfang an bis zum bitteren Ende tatsächliche und vermeindliche politische Gegner skrupellos verfolgt, gnadenlos mißhandelt und massakriert, zu Tode geprügelt oder in den Selbstmord getrieben, massenhaft ihres Hab und Gut beraubt, in KZ verschleppt und bei Massenmordaktionen in den zeitweilig okkupierten Ländern ums Leben gebracht. Verschärfte Vernehmungen mit 30 Stockschlägen und Wiederholungen waren für die Gestapo sogar rechtlich zulässig. Einweisungen in KZ erfolgten mit „Schutzhaftbefehl“ durch die Gestapo. Von Gerichten freigesprochene Angeklagte wurden mit „Rücküberstellungsantrag“ beim Verlassen des Gerichtsgebäudes erneut festgenommen und in KZ verbracht. Gestapo-Mitarbeiter bildeten den Kern von Einsatzgruppen, Einsatz- und Sonderkommandos der Sipo und des SD, von denen Massenmorde unvorstellbaren Ausmaßes ausgeführt worden sind. Von der Gestapo wurde das Personal für die Selektion sowjetischer Kriegsgefangener in den Kriegsgefangenenlagern gemäß dem „Kommissarbefehl“ gestellt und Tausende ausgesonderte Kriegsgefangene wurden in den nächstgelegenen KZ exekutiert oder wie in Auschwitz vergast. Gegen Kriegsende sind die noch in Gestapo - oder Polizeihaft befindlichen Häftlinge in fast allen damaligen Gefängnissen durch Gestapoleute liquidiert worden.
Das alles sind keine bloßen Behauptungen, sondern vor Gerichten (in Ost und West) zweifelsfrei bewiesene Tatsachen. Wer will, kann dazu auch im **„**DER SPIEGEL 36/2001 nachlesen. Darin wird u.a. dargelegt: *„ Für seine Jahrhundertverbrechen baute das System auf ein mächtiges Schergenheer:*
- Die Gestapo jagte, vor allem im Landesinnern, mit zeitweise über 30 000 Angehörigen nach Juden und anderen Missliebigen; zusammen mit der deutschen Kripo (fast 13 000 Beamte), bildete sie die "Sicherheitspolizei" - ein allgegenwärtiges Terrorinstrument; außerdem beging etwa ein Dutzend ihrer "Polizeibataillone" Massenmorde im Osten.*
- Die allgemeine SS zählte gut 200 000 Mitglieder, von denen schätzungsweise jeder siebte im Beherrschungsapparat engagiert war - als Polizisten, Bürokraten oder Vernichtungsgehilfen.*
- Die Waffen-SS, eine 600 000 Mann starke, zur Hälfte aus Volksdeutschen und Ausländern rekrutierte Elite-Kampftruppe, richtete Massaker an; unter dem Vorwand der Terrorvergeltung brachte sie Zivilisten um, darunter alle Einwohner des französischen Orts Oradour.*
- Vier "Einsatzgruppen", 3000 Mann aus Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst der SS, hatten laut Aussage ihrer in Nürnberg angeklagten Führer "Zigeuner, Saboteure und Agenten" zu liquidieren, und dabei mit Vorrang "das Ostjudentum" als "Reservoir des Bolschewismus". Allein auf sowjetischem Gebiet ermordeten sie über 500 000 Menschen.*
Diesem riesigen Mordapparat stellte die Anti-Hitler-Koalition lange vor Kriegsschluss ein Strafgericht ohnegleichen in Aussicht. Alle "hitleristischen Hunnen", so schworen die alliierten Staatschefs Franklin D. Roosevelt, Josef Stalin und Winston Churchill in ihrer Moskauer Erklärung vom Oktober 1943, müssten für "ihre ruchlosen Grausamkeiten" zahlen; sie würden "zur Stätte ihrer Verbrechen gebracht und dort von den Völkern abgeurteilt, an denen sie sich vergangen haben".

Und da darf gefragt werden: Ist auch nur ein einziges solcher Verbrechen von Angehörigen des MfS begangen worden, geschweige denn staatlich angeordnet und in staatlichem Auftrag im Nachhinein gedeckt worden?
Diesbezügliche Hinweise oder gar Beweise werden sich nicht finden lassen!
Bestimmte „Aufarbeiter“ sind schon zig-mal beim Lügen erwischt worden, dennoch halten sie fest am Verleugnen der Wirklichkeit, verbalen Entgleisungen und skrupellosen Schuldzuweisungen ohne jeglichen Beweis.
Durch bloße Appelle an die Vernunft ist dem nicht beizukommen – es muß die Wahrheit, unsere Sicht der Dinge, entgegen gehalten werden.

Wenn ehrlich an die „Aufarbeitung“ von Geschichte herangegangen werden soll, dann gehört dazu auch die unbedingte Verfügbarkeit und uneingeschränkte Zugangsmöglichkeit zu allen Quellen. Und dazu gehören neben den in der BStU unter Verschluß gehaltenen Archivalien auch die Archive der westdeutschen Geheimdienste und Institutionen.

Ich wiederhole deshalb: Die von der BStU vereinnahmten Aktenbestände des MfS müssen endlich auch für diejenigen zugänglich werden, die nicht als „Opfer“ gelten, sondern als „Täter“ verunglimpft werden.
Bisher wird dieses „Beutegut“ als „Herrschaftswissen“ separiert und selektiv für die Delegitimierung der DDR und Verteufelung des MfS genutzt.
Dennoch gilt es, tatsachenwidrigen Behauptungen und Verleumdungen immer wieder offensiv zu begegnen. Als beispielsweise eine Vera Lengsfeld bei der Vorstellung unseres Buches „Unbequeme Zeitzeugen“ in der Ladengalerie der Jungen Welt unter Bezug auf die Darlegungen von Genossen Mittenzwei über die Agententätigkeit ehemaliger Altfaschisten und Nazi-Verbrecher gegen die DDR behauptete, ehemalige Nazis seien nicht nur in westlichen Geheimdiensten, sondern „zu Hunderten auch bei der Stasi“ gewesen, wurde sie mit dem Argument zurückgewiesen, dass sie ausnahmsweise einmal Recht habe. Tatsächlich waren Hunderte Nazis beim MfS – aber nicht als Mitarbeiter, sondern wegen Nazi- und Kriegsverbrechen als Untersuchungshäftlinge, die übrigens auch und vor allem in Hohenschönhausen eingesessen haben. Doch darüber wird in der dortigen „Gedenkstätte“ nicht oder nur verzerrt informiert.

Die Nazi-Verbrechen an der Menschheit dürfen niemals vergessen werden und der Opfer des Naziregimes ist auf immer zu gedenken!.
Wogegen Generationen von Antifaschisten gekämpft haben, das darf heute nicht in sein Gegenteil verkehrt werden!
Und da zählt jedes Wort des ehrlichen und aufrichtigen Gedenkens, jeder Schritt gegen das Vergessen und Vergessenmachen. Das von den deutschen Faschisten zu verantwortende verbrecherische Gestern darf nicht im „Freiheitsgejubel“ von Heute untergepflügt werden.
»Nie wieder!« gilt heute wie damals

Beitrag des Genossen Dr. Fritz Hausmann, Mitglied der Arbeitsgruppe Sicherheit

Die Bildung des MfS - Antwort auf die massiven Störungen des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone / DDR

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Verteufelung der DDR als "Unrechtsstaat" im Allgemeinen und mit Hilfe der "Stasihatz" im Besonderen besitzt ein Grundmuster:
Darstellung von Fakten ohne jeden Zusammenhang - insbesondere jedes historischen und politischen Zusammenhangs.
Mit dieser höchst unwissenschaftlichen Methode beansprucht man die Deutungshoheit über die Ereignisse vor 1989. Es scheint mir sehr wichtig, Ereignisse die nach dem Ende des II. Weltkrieges und vor der Gründung der DDR liegen, stärker in die pol. Auseinandersetzung einzubeziehen, da in ihnen der Schlüssel für die spätere Entwicklung zu finden ist.
Dem Ende des vom Deutschen Reich entfesselten Krieges wird in diesen Jahr mit vielen großen und kleinen Gedenktagen gedacht.
Am 15.03.1945 jährt sich der Luftangriff der 8. US-Air. Force auf die Oranienburger Auerwerke bei dem u.a. 4.000 Langzeitzünder-Bomben abgeworfen wurden, zum 70zigsten Mal. Ziel dieses Angriffes war nach historisch belegter Bekundung des damaligen Leiters des US Atomprogramm General Groves, den Russen einen Großteil der deutschen Uranbeute zu entziehen. Da Oranienburg zur sowjetischen Besatzungszone gehören würde und zu diesen Zeitpunkt feststand, dass Kommandoeinheiten der US-Streitkräfte nicht vor der Roten Armee Oranienburg erreichen konnten.
Dieser Luftangriff, dem 325 Menschen zum Opfer fielen, war nicht auf Kriegsziele des II. Weltkrieges gerichtet, sondern gegen die Sowjetunion. Sie diente der Sicherung eines Vorteils der USA im Rüstungswettlauf im Rahmen des sog. kalten Krieges.

Der unter schweren Opfern an Menschen und Material von der Sowjetunion und ihrer Roten Armee erkämpfte Sieg über das Faschistische Deutschland und seine Satelliten führte nicht nur in Europa sondern auch in anderen Teilen der Welt zu einem massiven Anwachsen sozialistischer Bewegungen, die wesentliche und teilweise grundsätzliche Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen zum Ziel hatten. Besonders Sozialistische und Kommunistische Parteien hatten einen großen Zulauf. Dies fand auch seinen Niederschlag in der Zahl und Verbreitung sozialistischer und kommunistischer Organisationen, deren Einfluss unübersehbar und nachhaltig anstieg.
Genau in diesem Erstarken sozialistischer und kommunistischer Ideen und Organisationen sah die USA Administration eine ernst Gefahr, dass die Völker das von kapitalistischer Ausbeutung dominierte Gesellschaftssystem in Frage stellen würden.
Bereits im Februar 1946 entwickelte der führende US-Diplomat Georg F. Kennan die "Politik der Eindämmung (Containment) um Demokratie und westliche Lebensformen gegen den vordringenden Kommunismus zu schützen". Die Konsequenzen dieser politischen Linie für die US Amerikanische Deutschlandpolitik wurden in der Stuttgarter Grundsatzrede des US Außenministers vom 06.09.1946 so formuliert, daß alle Kräfte, die den Ziel der Containment dienen, materiell und politisch unterstützt werden müssen.
Diese Zielstellungen wurden im März 1947 durch die Truman-Doktrin zum offiziellen Ziel der US-Außenpolitik erklärt. Die Zurückdrängung der in Westeuropa und vielen weiteren Ländern erstarkenden sozialistischen Ideen und Vorstellungen war das erklärte Ziel des "Kalte Krieges".
Der US Präsident Harry S. Truman bezeichnete den zum wirtschaftlichen Wiederaufbau dienenden Marshall-Plan und die Politik der Eindämmung als "zwei Hälften derselben Walnuss".
Aus England kam volle Unterstützung für die Truman-Doktrin. Schließlich ist bekannt, dass Churchill im Mai 1945 aus Furcht vor dem weiteren Vormarsch der Roten Armee einen Geheimplan des Generalstabes für einen Angriff auf die SU erarbeiten ließ. Von der US- Administration forderte Churchill ihr Atom- und Wasserstoffbombenmonopol offensiv zur Durchsetzung von Zielen gegen die Sowjetunion zu nutzen.
Diese globalen außenpolitischen Ziele der USA prägten selbstverständlich auch die Grundsätze ihrer Deutschlandpolitik.
Demgegenüber verweisen alle Belege zu den Zielen sowjetischer Deutschlandpolitik darauf hin, dass Deutschland, und zwar Gesamtdeutschland, als neutraler demokratischer antifaschistischer und antimilitaristischer Staat im Herzen Europas ein Garant für Frieden und Zusammenarbeit sein sollte. Es gibt keinerlei Belege dafür, dass die Sowjetunion nach Kriegsende ihre Besatzungszone als sozialistischen Musterstaat gegen die westlichen Staaten aufbauen wollte, wie das heute von den Geschichtsaufarbeitern zur Verschleierung der aggressiven US Außenpolitik behauptet wird.
Die Außenministerkonferenzen von 1947 in Moskau und London scheiterten an der von der Truman-Doktrin geprägten Haltung der drei Westmächte, die auch zur Aufkündigung der Reparationsleistungen aus den drei Westzonen führte.
Die drei Westzonen wurden entsprechend der in Stuttgart bereits im September 1946 verkündeten Grundsätze zielgerichtet in die aggressive gegen die Sowjetunion gerichtete Politik einbezogen. In dem Maße wie von den Besatzungsbehörden gegen Antifaschisten vorgegangen wurde, erfolgte die Eingliederung alter und belasteter Funktionäre des NS Regimes in Behörden, Polizei, Justiz, in die Medien, die Wirtschaft u.a. Bereiche.
Auf der ersten und einzigen Ministerpräsidentenkonferenz der nach 1945 neu entstandenen Länder am 5.Juni 1947 in München, wurde der Antrag der ostdeutschen Ministerpräsidenten zur Bildung einer deutschen Zentralverwaltung und Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates von den West-Ministerpräsidenten abgelehnt.
Nach dem Anlaufen des Marshallplanes 1947 und der separaten Währungsunion 1948 erteilten die drei Westmächte im sog. Frankfurter Dokument vom 1.7.1948 den Ministerpräsidenten der Westzonen den Auftrag zur Gründung eines westdeutschen Staates. Entsprechend der Truman-Doktrin war festgelegt worden, dass die Staatsgründung nur aus den Ländern der Westzonen erfolgen sollte, kein zentrales Staatsgebilde entstehen sollte, sondern ein föderaler Zusammenschluss der Westländer vorgegeben wurde.
In den Koblenzer Beschlüssen vom 8.10.1948 haben die Vertreter der westdeutschen Länder dann getreu der von den Besatzungsmächten vorbestimmten Rahmenbedingungen die Grundlagen für die Gründung der BRD ausgearbeitet, die von Anfang an ihre aggressive Funktion im Rahmen der Truman-Doktrin angenommen und treulich erfüllt hat. Dabei haben sich die Aktivitäten von Anfang an mit hoher Energie

gegen die demokratische Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone gerichtet. Am 23.5.1949 erfolgte entsprechend des Auftrages der drei Westalliierten die Bildung der BRD, ohne die demokratische Legitimierung in einem demokratischen Prozess.
Daraufhin konstruierte sich der aus demokratischen Wahlen hervorgegangene III. Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden zur Provisorischen Volkskammer der DDR. Der von der Provisorischen Volkskammer berufene Ministerrat musste sich bereits 3 Monate nach Gründung der DDR mit dem Bericht der Hauptverwaltung für den Schutz der Volkswirtschaft der Kriminalpolizei beschäftigen, in dem die massiven verbrecherischen Angriffe gegen Betriebe und Einrichtungen in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone dokumentiert wurden. Der Innenminister der DDR erhielt deshalb den Auftrag, in der Volkkammer das Gesetz zur Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit einzubringen. In der Gesetzesbegründung führte Innenminister Steinhoff aus:
»Die hauptsächlichsten Aufgaben dieses Ministeriums werden sein, die volkseigenen Betriebe und Werke, das Verkehrswesen und die volkseigenen Güter vor Anschlägen verbrecherischer Elemente sowie gegen alle Angriffe zu schützen, einen entschiedenen Kampf gegen die Tätigkeit feindlicher Agenturen, Diversanten, Saboteure und Spione zu führen, unsere demokratische Entwicklung zu schützen und unserer demokratischen Friedenswirtschaft eine ungestörte Erfüllung der Wirtschaftspläne zu sichern." Und weiter: "Die verbrecherische Tätigkeit dieser Elemente (Spione, Diversanten, Saboteure) richtet sich gegen die wahrhaften Kämpfer der Nationalen Front, denen der Frieden und eine glückliche Zukunft unseres deutschen Vaterlandes am Herzen liegt. Die Spionage-, Diversions- und Sabotageakte gefährden aber nicht nur den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern sie sind auch geeignet, den Frieden zu gefährden, dadurch, dass sie direkt oder indirekt Anlass für neue kriegerische Entwicklungen bieten können. Sie sind deshalb in jedem Sinne gegen unsere demokratische Ordnung, gegen den Wirtschaftsplan, gegen das Bestehen der DDR und gegen die Friedenspolitik gerichtet"

Liebe Genossinnen und Genossen,
die nach der zielgerichteten Abspaltung der BRD aus der Sowjetische Besatzungszone hervorgegangene DDR war ein Landstrich, der von seinem wirtschaftlichen Hinterland im Westen (Zonengrenze) wie im Osten (Oder-Neiße-Grenze) abgeschnitten war. Dessen Städte und industriellen Anlagen in Folge des Krieges weitgehend zerstört waren, in dem es keine energetische und metallurgische Basis gab und der ab 1948 die gesamtdeutschen Reparationsleistungen gegenüber der Sowjetunion zu erbringen hatte.
Daß die DDR-Bürger, nach der Abspaltung der westdeutschen Länder, allen historischen, wirtschaftlichen und territorialen Widerwärtigkeiten zum Trotz und unter massiven Angriffen und Störungen seitens der westlichen Staaten und ihrer Geheimdienste und subversiver Organisationen unter großen Entbehrungen aus diesem Landstich einen international anerkannten Industriestaat aufgebaut haben, ist das wahre deutsche Wirtschaftswunder. Es erforderte nachhaltige Maßnahmen um den Aufbau der DDR vor den massiven Angriffen westlicher Geheimdienste und von diesen gelenkten subversiver Organisationen zu schützen.
Das MfS war ein Beweis dafür, dass ein sozialistischer Staat, insbesondere die ihn tragende Arbeiter- und Bauernklasse, bei Bedrohung durch äußere und innere Feinde in allerkürzester Zeit in der Lage ist, einen effizienten und erfolgreichen Geheimdienst zu schaffen.
Der DDR - Geheimdienst war erfolgreich auf allen nationalen und internationalen Gebieten. Er hat entsprechend seines Auftrages mit seinen spezifischen Mitteln bedeutende Beiträge zur Friedenserhaltung und Konfliktabbau geleistet, sowie den Schutz der Entwicklung der DDR zu einer international anerkannten Industrienation gewährleistet.

.

Beitrag des Leiters der Arbeitsgruppe Sport, Erhard Richter

Liebe Genossinnen, liebe Genossen und liebe Sportfreunde !
Anlässlich des 65. Jahrestages der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit will ich als Vertreter der Arbeitsgruppe Sport unserer GRH allen Angehörigen und Mitarbeitern des MfS ganz herzlich für die zuverlässige, konstruktive und engagierte Arbeit danken.
Eure Aufmerksamkeit möchte ich in meinem Beitrag auf zwei Gedanken lenken, die uns bewegen:

Der erste Gedanke

65 Jahre MfS sind auch Jahre des Bestehens der Sportvereinigung Dynamo, die erfolgsorientiert von deren Vorsitzenden Erich Mielke geleitet wurde.
In meiner Tätigkeit in der Bezirksorganisation Frankfurt (O.) des DTSB, aber auch in meiner Berliner Funktion, habe ich stets die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Genossen des MfS auf den verschiedensten Ebenen erfahren können.
So wirkten Mitarbeiter vieler Kreisdienststellen und der Bezirksverwaltung Frankfurt (O.) als Übungsleiter und Betreuer, vordergründig im Kinder - und Jugendsport, im außerschulischen Sport, bei der Organisierung von Wettkämpfen in den Klassen und Staffeln sowie im Leistungssport aktiv mit. Vielerorts waren Genossen der Dienstellen in Leitungsfunktionen des Sportes tätig. Im Kreis Schwedt waren die Mitarbeiter, beginnend beim Leiter, im Kreisvorstand und in den Fachausschüssen mit von der Partie. Für die Sache unseres Sports war es immer ein gegenseitiges Geben und Nehmen, ein vertrauensvolles Zusammenwirken eben.
Wenn bei zentralen Veranstaltungen - wir denken an die Turn- und Sportfeste oder an die Spartakiaden - ein hoher Sicherheitsstandard gewährleistet wurde, dann war auch das ein Verdienst eurer Genossen.
Zentrale Veranstaltungen mit Tausenden von Teilnehmern ohne Zwischenfälle, nicht einmal ein Verkehrsunfall – eine solche Bilanz kann sich sehen lassen.
Funktionäre, Ärzte, Trainer und Techniker der SV Dynamo können mit Stolz sagen, dass sie hervorragenden Anteil daran haben, dass sich die DDR zu einer der führenden Sportnationen entwickeln konnte.
Die Ergebnisse in den Leistungszentren, so in Klingenthal, Luckenwalde, Potsdam und Berlin sind Beweise dafür. Wie haben wir gejubelt, als Harry Glass 1956 die erste Olympiamedaille für die DDR bei den Olympischen Winterspielen gewann. Gemeinsam mit Werner Lesser legte Harry Glass auch den Grundstock für die Erfolgsbilanz des DDR-Ski-Springens in den nachfolgenden Jahrzehnten.
Mit den Genossen bei der SG Dynamo Luckenwalde entwickelten wir Konzeptionen für die Olympia-Zyklen im Ringen. Die Leistungen der Luckenwalder Mattenfüchse Harald Büttner, Hans-Dieter Brüchert, Olympischer Silbermedaillengewinner 1976 in Montreal oder Roland Gehrke, der Weltmeister wurde, waren Ergebnisse des gemeinsamen Wirkens.
Der SC Dynamo Berlin war für die Erfüllung leistungssportlicher Zielstellungen immer eine sichere Bank. Bei Olympischen Spielen, Welt - und Europameisterschaften errangen Dynamo – Sportler oft mehr Medaillen als die gesamten BRD – Mannschaften.
Unerwähnt möchte ich nicht lassen, dass wir bei unseren Auslandsstarts stets die kameradschaftliche Hand eurer Genossen spürten.
Habt Dank dafür !

Mein zweiter Gedanke

Nach 1990 wurden die Strukturen des DDR-Sports, so auch die der SV Dynamo, zerschlagen. Erfolgreiche Trainer standen über Nacht auf der Straße. Ihre Erfahrungen, ihr Wissen und Können waren nicht mehr erwünscht. 80 von ihnen nahmen ihre Arbeit in anderen Ländern auf.
Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass kürzlich die Vizepräsidentin des DOSB, Christa Thiel, feststellte: „Noch nie zuvor habe ich bei Olympischen Spielen so viele deutsche Trainer in Trainingsanzügen anderer Nationen gesehen.“ Leider eine allzu späte Erkenntnis.

Und noch ein bemerkenswertes Zitat. Diesmal aus dem Munde des DOSB – Präsidenten, Alfons Hörmann: „Die Trennlinien zwischen Ost – und Westdeutschland werden schärfer, die Stützpunkte driften immer mehr auseinander, die Einheit im deutschen Sport gerät in Gefahr, auseinander zu brechen.“ Hört, hört !
Bezeichnend ist auch die 25 Jahre andauernde Menschenjagd auf die Informellen Mitarbeiter im Sport. Hochqualifizierte Funktionäre, Trainer und Ärzte fielen dieser Hetzjagd zum Opfer.
Die deutsche Rechtssprechung hat die Möglichkeit der Verjährung, die auch bei
Verurteilten praktiziert wird. So bei Kriminellen aller Schattierungen. Wenn es aber um ehemalige Mitarbeiter des MfS geht, auch IM, wo nicht einmal ein Strafbestand vorliegt, gibt es keine Verjährung, auch nach 25 Jahren nicht.
Dieser Tage hatte ich ein Gespräch mit einem ehemaligen Verbandstrainer, der 1990 übernommen wurde. Als bekannt wurde, dass er IM war, wurde er fristlos entlassen und in die Arbeitslosigkeit geschickt.
Sicher ist auch der Name Ingo Steuer, mit 18 Jahren kurzzeitig IM, unter euch nicht unbekannt. Dieser Erfolgstrainer gehörte zu denen, die der totalen Ausgrenzung preis gegeben waren.. Jegliche Unterstützung in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht wurde durch die deutsche Eislaufunion auf Druck des Innenministeriums verweigert. Mit sinem Eiskunstlauf - Paar war er dazu verdammt, die gesamte Wettkampftätigkeit aus eigener Tasche – von Preisgeldern – zu bezahlen. Selbst die Reise und die Unterbringung zu den Olympischen Winterspielen in Sotschi mussten privat finanziert werden. Gelinde gesagt: Eine Schande für den deutschen Sport!
Fünf Welt- und vier Europameistertitel sowie zwei Olympische Bronzemedaillen errang das Paar unter der Leitung von Ingo Steuer. Kein anderer deutsche Trainer kann derzeit auf eine derartige Erfolgsbilanz verweisen.
2007 sammelten die Angehörigen des Freundeskreises der Sportsenioren und die Mitglieder der Arbeitsgruppe Sport der GRH 800,00 Euro, um Ingo Steuer den Flug nach Tokio zu ermöglichen. Erfolge dieses Paares und ihres Trainers schmücken die Ergebnisse des deutschen Sports.
Wie sagte doch Präsident Hörmann: „ Es driftet auseinander.“ Wie recht er damit hat. Allerdings ist die Feststellung die eine Seite, die andere ist, dafür zu sorgen, dass Veränderung eintritt.
Ingo Steuer, der inzwischen folgerichtig Deutschland den Rücken gekehrt hat, ist auch, wie andere Sportfreunde, Ausdruck dieser schamlosen Politik, der Jagd auf Menschen.
Vieles wurde zerschlagen, viele Menschen gejagt und ausgegrenzt, Existenzen aufs Spiel gesetzt. Aber eines konnte man ihnen und uns nicht nehmen:

Unseren Stolz auf die erfolgreiche Arbeit im Sport mit euch und für unser Land.

Beitrag des Vorsitzenden der TAG Berlin-Mitte und Mitglied der AG Kundschafter, Lothar Ziemer

Ehrung ehemaliger Inoffizieller Mitarbeiter des MfS

Als ehemalige Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit veranlasst uns dieser 65 Jahrestag seiner Bildung, insbesondere diejenigen Bürger der DDR, der BRD, West- und Nordeuropas, der national befreiten Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas aber auch Japans und Nordamerikas zu ehren, die in der inoffiziellen Zusammenarbeit mit uns Beachtliches und Bleibendes geleistet haben. Dabei denke ich an ihren persönlichen Einsatz, den inneren Schutz der DDR zu gewährleisten und dazu beizutragen, dass aus dem von den USA ausgegangenen Kalten Krieg zur Durchsetzung ihres Weltherrschaftsanspruchs kein Dritter Weltkrieg entstanden ist.
Von den nach Tausenden zählenden Inoffiziellen Mitarbeitern greife ich drei junge US-Amerikaner heraus, die in der USA-Abteilung der HVA unter meiner Führung seit Anfang bzw. Mitte der Siebzigerjahre und seit Anfang der Achtzigerjahre als solche in Washington, der US-Hauptstadt, tätig waren. Sie waren alle drei auf politisch-ideologischer Basis hier in der DDR geworben worden. Sie hatten als Jugendliche, als Studenten an Universitäten des amerikanischen Mittelwestens, bei hiesigen Aufenthalten als Besucher unser im sozialistischen Aufbau befindliches Land im Vergleich zu den rassen- und gesellschaftspolitischen Verhältnissen in ihrer Heimat kennen und schätzen gelernt. Sie konnten sich eine sozialistische Gesellschaftsordnung als Alternative zum puren Kapitalismus anhand eigener Erlebnisses real vorstellen.
Mit der jeweiligen Verpflichtung zur strenggeheimen Zusammenarbeit mit der DDR akzeptierten und übernahmen sie den Auftrag, mit dem Abschluss ihres Studiums in die USA-Hauptstadt zu übersiedeln und dort eine Anstellung in einer operativ interessanten Regierungsinstitution anzustreben.

1987 gelang es James Clark („Jack“) eine zivile Anstellung mit Zugang zu Verschlusssachen beim Pentagon, in einer Behörde der US-Army zu erlangen, die für die Abwicklung der inzwischen international geächteten Chemiewaffenproduktion und den Abbau der Chemiewaffenlager in den USA eingerichtet war. Er übte diese bis 1995 aus.
Die Ehefrau von Kurt Stand („Junior“), Theresa („Schwan“), eine ausgebildete Juristin, erreichte schließlich über ein 1987 begonnenes Zusatzstudium in Vertragsrecht und ein Praktikum in einer geheimnisgeschützten Forschungsabteilung der Bibliothek des US-Congress 1993 eine Anstellung in der Rechtsabteilung des Pentagon.
Kurt Stand machte seine berufliche Entwicklung in der Gewerkschaftsbewegung der USA und des IBFG (dem Internationalen Büro Freier Gewerkschaften), einer Spalterorganisation des Weltgewerkschaftsbundes. Er war kein Geheimnisträger. Seine operative Zusammenarbeit bestand in der Unterstützung der beruflichen Entwicklung seiner damaligen Ehefrau und in der Informierung über den Aufbau einer der Sozialistischen Internationale angehörenden marxistischen Partei in den USA.

Im Frühjahr 1990 wurden sie bei persönlichen Treffs informiert, dass die Zusammenarbeit im Zuge der Auflösung der HVA eingestellt wird, dass alle personenbezogenen Akten und Dateien, die sich im Besitz der HVA befanden, vernichtet worden sind. Jeder der drei IM quittierte dies mit Enttäuschung. Ich habe ihnen gutmeinend zugesagt, dass ich sie alarmieren würde, wenn ich darüber Kenntnis erhielte, dass sie unerwartet in den Blickpunkt des FBI geraten wären. Nicht ganz überraschend bin ich selbst Anfang April 1992 durch das Bundeskriminalamt festgenommen und auf Antrag der Generalbundesanwaltschaft von einem Richter beim BGH verhaftet worden. Aufgrund des Verrats durch einen ehemaligen Mitarbeiter meiner früheren Diensteinheit warf man mir vor, meine frühere nachrichtendienstliche Tätigkeit nunmehr im Auftrage des KGB fortzusetzen. Als Beschuldigter habe ich mein Recht auf Aussageverweigerung in Anspruch genommen und wurde sechs Monate in Berlin-Moabit in Beugehaft genommen; wurde dann aber ohne zur Sache ausgesagt zu haben, nach Hinterlegung einer Kaution Ende September 1992 entlassen, weil angeblich die zu Beginn und auch noch Ende August unterstellte Fluchtgefahr entfallen war.

Die Sorge um das Schicksal der früheren Inoffiziellen Mitarbeiter in den USA hatte mich nie verlassen, so dass ich ihnen auf dem für den Eventualfall vereinbarten Weg eine Nachricht über meine wieder gewonnene Freiheit übersandte. Vertrauensvoll und unaufgefordert besuchten mich in Berlin im Verlauf des Jahres 1993 „Jack“ und Anfang 1994 „Schwan“, um sich für meine Verschwiegenheit zu bedanken und um von mir Erkenntnisse bezüglich ihrer persönlichen Sicherheit zu erlangen. Beiden IM wurde nahegelegt, falls sie es wünschten, ihre im Auftrag der HVA erreichten nachrichtendienstlich interessanten Positionen unter persönlichen Vorwänden aufzugeben und in ihre frühere, nachrichtendienstlich nicht relevante Tätigkeit zurückzukehren. Ich habe wegen meiner eigenen Lage vor dem noch ausstehenden Gerichtsprozess beim Berliner Kammergericht beiden dringend eine langfristige Unterbrechung der entstandenen freundschaftlichen Beziehungen empfohlen, solange die strafrechtlichen Verfolgungen der früheren verantwortlichen Mitarbeiter des MfS in der BRD nicht eingestellt worden sind. Der Prozess gegen den Verräter und mich fand von Oktober 1994 bis Januar 1995 statt und wurde mit einem Strafhaft-Urteil des 2. Senats beim Kammergericht von jeweils 1 Jahr und 10 Monaten auf Bewährung am 23. Januar 1995 abgeschlossen, ohne dass die Wahrnehmung meines Rechts auf Aussageverweigerung als straferschwerend gewertet wurde.

Dann war aber meine seelische Erschütterung um so stärker, als ich mehr als zweieinhalb Jahre später im Oktober 1997 erneut vom Bundeskriminalamt festgenommen und einer Vernehmung zugeführt worden bin. Dort eröffnete man mir, dass die genannten drei Inoffiziellen Mitarbeiter in den USA am 4. Oktober festgenommen worden waren. James Clark hätte sich in Reaktion auf die ihm vorgehaltenen Beweismittel bereits wegen Spionage für die frühere DDR, dann für die Sowjetunion und schließlich für die Russische Föderation schuldig bekannt.

Kurt und Theresa hatten sich entschieden, sich nicht zu den Beschuldigungen zu äußern und sich als unschuldig erklärt. Kurt tat dies vor allem im Interesse seiner Eltern, mit denen er während seiner Kindheit mehrfach in der DDR zu Besuch gewesen war. Dennoch sind alle drei in Untersuchungshaft genommen worden und ein Jahr später wurden auch Kurt und Theresa von einer Jury wegen Verschwörung zur Spionage gegen die USA schuldig gesprochen, obwohl die Anklagevertretung keine Sachbeweise und kein Geständnis für eine tatsächliche Spionagetätigkeit dem Gericht vorlegen konnte. Diese aber waren – unerkannt - systematisch in den vorangegangenen Jahren der verdeckten Voruntersuchung des FBI fabriziert worden. Dies geschah durch Unterschieben gefälschter Briefe des damaligen Ministers für die nationale Sicherheit Südafrikas (des namhaften kommunistischen Funktionärs Ronnie Kasrils) durch geheime technische Überwachung, verdeckte Observationen, geheime Wohnungsdurchsuchungen

sowie die hinterhältige Vorspiegelung einer Anwerbung für den südafrikanischen Geheimdienst der Regierung Nelson Mandelas sowie dem Provozieren zu Dienstvergehen, wie dem Diebstahl von klassifizierten Dokumenten aus dem Pentagon. FBI-Agenten traten schließlich im Prozeß als Zeugen vor der Jury auf, um ihre Erkenntnisse als Beweis für die subjektive Bereitschaft Theresas zu bewerten, tatsächlich geheime Dokumente der US-Regierung an Ausländer weitergeben zu wollen. Um den Schuldspruch der Jury gegen Kurt zu bekommen, reichte ein daktyloskopisches Gutachten aus, in welchem bestätigt wurde, er habe das als Spielmaterial benutzte klassifizierte Papier persönlich in der Hand gehalten.

Ausgangspunkt der Voruntersuchung waren die sogenannten Rosenholz-Dateien gewesen, die der CIA wahrscheinlich bereits im Sommer 1992 in die Hände gefallen waren. Der standhaften Aussageverweigerung Kurts und Theresas während der Untersuchungshaft hat es die deutsche Bundesregierung zugute zu halten, dass das US-Bundesgericht in Beweisnot Kopien aus den Rosenholz-Filmrollen veröffentlichen musste, um von der USA-Regierung schließlich ab 1999 die Herausgabe dieser Beweisträger, als deutsches Eigentum, verlangen zu können.

Im Januar 1999 wurde das Strafmaß gegen unsere ehemaligen IM vom US-Bundesgericht verkündet:
James Michael Clark erhielt 12 Jahre und 6 Monate Strafhaft,
Kurt Alan Stand wurden 17 Jahre und 6 Monate zugemessen und
Theresa Marie Squillacote ist zu 21 Jahren und 10 Monaten verurteilt worden.

Zuhörer berichteten aus dem Gerichtssaal, dass dieses Urteil von den anwesenden FBI-Agenten enthusiastisch mit Umarmungen und Beglückwünschungen gefeiert worden sei. Die öffentlichen Medien, die bereits die Festnahmen kolportiert hatten, berichteten nun detailliert über das vom FBI inszenierte Verfahren. Das FBI nutzte diese öffentliche Resonanz, um in der Bundeshauptstadt ein sogenanntes Spy-Museum einzurichten.
Selbst der Geschichtsprofessor und frühere Archivar der CIA, Ben Fischer, der den deutschen Dokumentarfilmmachern für „Junior und der Schwan“ ein Interview gewährte, schätzt die Härte der Urteile gegen Theresa und Kurt als überzogen und ungerechtfertigt ein; es sei wohl ein Racheakt des FBI gegen die HVA gewesen, weil es im Verlauf von mehr als 20 Jahren der sagenumwobenen Geheimpolizei nicht gelungen war, aus eigenen Quellen Hinweise auf das operative Wirken der drei Beschuldigten zu erhalten und bei den Ersthinweisen ausschließlich auf die gönnerhafte Amtshilfe des Auslandsnachrichtendienstes CIA angewiesen war.

Für uns als GRH, die seit ihrer Gründung in Reaktion auf und im Umgang mit solchen „Triumphen“ des Gegners hinreichend Erfahrung hatte, war es nicht nur statutarische Pflicht, sich für die Betroffenen individuell einzusetzen, sondern auch internationalistische Solidarität, wie wir sie schon zu DDR-Zeiten gegenüber Opfern antisozialistischer und antikommunistischer Verfolgung geübt hatten. Erinnert sei z. B. an die offensive Kampagne für die Befreiung von Angela Davis. In den vergangenen siebzehn Jahren hat die GRH bei allen ihr zugänglichen öffentlichen Veranstaltungen über das Schicksal der ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiter in den USA informiert, ihre Postanschriften publiziert, Mitglieder, Interessenten und Passanten zu Spenden aufgerufen und entgegengenommen. Kontakt zu dem progressiven Anwalt von Kurt ist hergestellt worden, um Hafterleichterung oder Strafzeitverkürzung vor dem Berufungsgericht zu erstreiten, um nur einiges zu erwähnen.
Selbst unter den jetzigen gesellschaftlichen und den gegebenen geographischen Bedingungen, bei begrenzten Mitteln und geringen personellen Möglichkeiten ist mit den Gefangenen während ihrer Haftzeit auf vielfältige Weise Kontakt gepflegt und, wenn es not tat, auch Hilfe und Unterstützung gewährt worden. Ungezählte Briefkontakte sind entstanden, freundschaftliche Beziehungen mit

Mitgliedern der GRH haben sich entwickelt. Kurt und Jim gaben aus der Haft jeder ein Interview für „neues deutschland“. Aus Kurts Briefkontakt mit dem Historiker Prof. Dr. Günter Benser entstand eine familiäre Freundschaft, die 2011 zu einer Gegeneinladung an Kurts Ehefrau Lisa und zu ihrem persönlichen Bericht vor einem Aktiv der GRH führte. Kurt wurde selbst Mitglied der GRH. Auch noch nach seiner Haftentlassung lassen es sich Genossen der TAG Marzahn nicht nehmen, für ihn den Mitgliedsbeitrag jährlich einzuzahlen. Der Genosse Dr. Hans Kaiser, der im Auftrag des Vorstands 2001 die Leitung der USA-Betreuer-Gruppe übernahm, übernahm zugleich die individuelle Betreuung Kurts während der Haftzeit. Er berichtete 11 Jahre später vor Lisa und dem GRH-Aktiv über diese Herausforderung durch den mehr als 30 Jahre jüngeren Briefpartner in überseeischer Haft, wie er sich zwang, seinen PC zu ernsthaftem Arbeiten zu nutzen, nicht nur zum Briefschreiben, auch zum Übersetzen seiner eigenen Briefe ins Englische und Kurts journalistische Beiträge für die „jungeWelt“ in ein passables Zeitungsdeutsch. Es seien schließlich wohl eintausend Briefe gewesen, die zwischen ihnen während der mehr als zehn Jahre den Atlantik überquert hatten.

Nun ist zwischenzeitlich die Inhaftierung für Jim und Kurt beendet und Theresa ist am 14. Januar 2015 nach 17 Jahren und 3 Monaten Haftanstalt und Haftlager auf Probe in eine kommunale Hafteinrichtung mit Freigang-Erlaubnis verlegt worden.

Der unverheiratete Jim Clark ist im September 2008 aus der Haft entlassen worden und erhielt aus langjähriger Freundschaft vorerst Unterkunft im Basement des Wohnhauses eines gleichaltrigen Ehepaars. Wegen guter Führung war er nach 11 Jahren frei gekommen, war aber dem Regiment eines Betreuungsbeamten für weitere fünf Jahre unterworfen und durfte ohne vorherige persönliche Abmeldung samt Begründung seinen Wohnort nicht verlassen und hatte solange auch kein Wahlrecht. Erst nach Ablauf seiner Bewährungszeit konnte er wieder einen Reisepass beantragen, der ihm Anfang November 2013 schließlich ausgestellt wurde. Seine erste Reise führte ihn für vier Wochen über Frankfurt nach Berlin zu seinen Freunden in der GRH.
Der siebenundsechzigjährige Jim Clark lebt seit 2011 als alleinstehender Rentner in einer Einzimmerwohnung eines der städtischen Kommune von Washington D.C. gehörenden Wohnhauses. Seine Wohnung fällt unter die Kategorie „Betreutes Wohnen“, die er als unvermögender Altersrentner beanspruchen kann. Jim schätzt es als Glücksfall seines Lebens im Alter, hier in Washington im vertrauten Umfeld diese Unterkunft gefunden zu haben, ohne sich bei seiner bescheidenen Lebensführung ernsthafte finanzielle Sorgen machen zu müssen. Jim ist seit Februar 2003 Mitglied der GRH.

Die Haftzeit Kurt Stands ging kurz vor dem Weihnachtsfest 2012 nach 15 Jahren und 3 Monaten zu Ende, nicht aber die obligatorischen fünfjährigen Bewährungsauflagen, die mit denen von Jim Clark vergleichbar sind. Seine verhältnismäßig lange Haftzeit wurde juristisch mit seiner angeblichen Position als Kopf der Verschwörung gegen die USA begründet, obgleich er während des einundzwanzigjährigen Kontakts zur HVA selbst in den USA keine Kontakte zu nachrichtendienstlich interessanten Personen als Abschöpfkontakte entwickelte, keine Schritte zur Bewerbung um eine berufliche Tätigkeit in einem geheimnisgeschützten Objekt unternommen hatte und die DDR vor allem aus rein politisch-ideologischen Gründen, aus persönlicher Neugier für das Fortschreiten des sozialistischen Experiments besuchte. Für Kurt als politisch denkender Mensch war und ist eine sozialistische Gesellschaftsordnung eine realistische Alternative zum Monopolkapitalismus in seiner Heimat, den USA. Kurt sieht seine vom FBI, dem staatlich organisierten antikommunistischen Stoßtrupp im Inneren der USA organisierte und schließlich realisierte Verurteilung als eine Bestrafung für seine gewerkschaftliche Arbeit und seine parteipolitische Betätigung bei dem Aufbau einer modernen marxistischen Partei des

Demokratischen Sozialismus in den USA. Er war deren Organisator für die Region von Washington D.C. bis zu seiner Verhaftung gewesen.
Auf Initiative Theresas ist ihre Ehe mit Kurt bald nach Beginn der Strafhaftzeit geschieden worden. Kurt hat 2002 in der Haft die frühere Bekannte aus dem Freundeskreis seiner Familie, Lisa Foley, geheiratet und lebt jetzt zusammen mit Lisa in ihrem Haus am Stadtrand Washingtons. Dort beging Kurt am 4. November vergangenen Jahres seinen 60. Geburtstag. Er teilte kurz vor seinem Geburtstag mit, dass er seine anfängliche Tätigkeit als Hilfslehrer aufgegeben habe, aber als Bücherfreund glücklicherweise einen neuen Job als Geschäftsführer einer Buchhandlung gefunden habe.
Leider gehört es zu seinen Bewährungsauflagen, keinen freundschaftlichen Kontakt zu seinem früheren Führungsoffizier zu unterhalten, sonst wäre diese Auskunft über ihn noch detailierter möglich gewesen. Warten wir es ab, ob er Anfang 2018 gesundheitlich und finanziell in der Lage sein wird, um seine Berliner Freunde in der GRH zu besuchen.

Als schwierig und problemreich stellt sich für Theresa die aktuelle Phase ihrer anwährenden Haft im Übergang zur Freilassung (jetzt als Freigängerin) dar, welche vom US-Regierungsbüro für Bundesgefängnisse zu ihrem 58. Geburtstag am 10. November 2015 offiziell angekündigt ist. Sie ist im Stadtbezirk Brooklyn von New York City in einem so genannten Halfway-House, auf halben Wege in die Freiheit untergebracht. In den kommenden Wochen hat sie sich um einen festen Wohnsitz und um einen Arbeitsplatz mit ausreichenden Einkünften zu bemühen, aber noch stärker ist sie herausgefordert durch ihre inzwischen herangewachsenen Kinder. Dabei geht es der Mutter um die Vertiefung des familiären Verständnisses und Zusammenhalts. Am Tag ihrer Verhaftung war die Tochter Rosa 12 Jahre und der Sohn Karl wurde 2 Monate später 14 Jahre alt. Bald nach der gewaltsamen Trennung von den Eltern folgte die noch tiefere Enttäuschung durch deren Ehescheidung. Für beide hatte Kurts Bruder, der Architekt Peter Stand in New York, die Vormundschaft übernommen, sie in seinem Haus aufgenommen und sich um deren Schulabschlüsse mit Hochschulreife und die Aufnahmen des Studiums gekümmert. Theresa hatte es besonders schwer, den mütterlichen Einfluss auf ihre Kinder zu wahren. Jetzt muss sie es lernen, bei nur kurzen Begegnungen mit den jungen Erwachsenen den angepassten Ton zu finden. Ihre Vorstellungen für diese Übergangszeit hatte sie in ihrer Grußadresse an die Teilnehmer des GRH-Kundschaftertreffens im April 2014 folgendermaßen formuliert:
„Ich werde ein neues Leben im Alter von 57 Jahren beginnen. Es wird schwierig sein, zumal mir durch Berufsverbot für immer der Weg verriegelt wurde, in meinem früheren Beruf als Rechtsanwältin zu arbeiten. Dennoch habe ich ein starkes Interesse, für weibliche Häftlinge tätig zu werden, für andere Frauen, die jetzt erleben, was ich seit langem durchmachen musste. Wir haben in den Vereinigten Staaten einen sehr mächtigen ‚Gefängnis-Industrie-Komplex'. In den USA wird ein größerer Anteil der Bevölkerung weggeschlossen als in irgendeinem anderen Land auf der Erde – und dies in großer Spannbreite. Und das am schnellsten zunehmende Segment sind die Frauen. Ich habe mir vorgenommen, in deren Interesse zu arbeiten.
Meine Tochter Rosa, die in New York City als Assistentin an einem College und an einer Universität Rechtswissenschaft lehrt, teilt mit mir dieses Interesse. Und ich will im Namen meines Sohnes Karl tätig werden, der an einer schweren mentalen Krankheit leidet. Wir wollen ihm helfen, für sich eine unabhängige Lebensunterhaltsbefähigung und damit höhere Lebensqualität zu schaffen. Zusammen streben meine Kinder und ich diese nächste Phase in unserem Leben an."

Es ist Theresa zu wünschen, dass sie ihre frühere Tatkraft wieder gewinnt und bei ihren Vorhaben als rechtliche Betreuerin und als Mutter erfolgreich sein wird.
Ich bin sicher, dass wir sie als antiimperialistische Kämpferin und Sympathisantin unserer GRH zu gegebener Zeit hier in Berlin ehren werden können

Beitrag von Wolfgang Schmidt, Mitglied der AG Sicherheit und Webmaster der Internetadresse www.mfs-insider.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
zunächst eine Ergänzung zu dem unsäglichen Artikel der „Süddeutschen Zeitung“, wonach es Petra Pau als Fehler bezeichnet habe, dass sich die PDS für die sozialen Belange der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR eingesetzt habe. Als Geschäftsführer der ISOR habe ich Petra Pau um Klarstellung in einem Gespräch gebeten. Sie hat darauf geantwortet, indem sie den Text eines Leserbriefes an die „Süddeutsche Zeitung“ übermittelt hat, der dort auch veröffentlicht wurde. Sie schreibt in diesem Leserbrief, dass Aussagen aus einem einstündigen Gespräch aus dem Zusammenhang gerissen und falsch zitiert wurden, nicht ihre Meinung, sondern die der Interviewerin wiedergeben.
Ich habe es mir angetan, die mit großem Pomp eröffnete neue Dauerausstellung im Haus 1 des MfS-Komplexes Rusche-/Normannenstr. anzusehen.
Wer sich – wie ich – über mehr als 25 Jahre mit der Hetze gegen das MfS auseinandergesetzt hat, wird in dieser Ausstellung nichts Neues entdecken. In gewohnter Einseitigkeit und diffamierender Absicht wird versucht, die „DDR-Diktatur“ und das MfS in den schwärzesten Farben zu zeigen. Dazu wird aufgetischt, was schon hundertfach öffentlich ausgebreitet wurde, so z.B. die im Einkaufsbeutel versteckte Kamera.
Wirklich interessant ist nur, was nicht gezeigt wird. Mord und Folter seitens des MfS kommen nicht vor. Im obligatorischen Teil „Zersetzung“ fehlt das Paradebeispiel. Angeblich wären MfS-Mitarbeiter nachts heimlich in eine Wohnung eingedrungen, hätten dort Tassen im Schrank umgeräumt und die Wohnungsinhaberin so in den Wahnsinn getrieben. Mitte der 90er Jahre ist diese Person in einer psychiatrischen Anstalt verstorben. Ihre kranken Phantasien wurden aber von ihrem Umfeld begierig aufgegriffen, entsprachen sie doch völlig der Erwartungshaltung. Belastbare Beweise dafür gibt es aber offenbar nicht.
Auch in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wurde klammheimlich der Rückzug angetreten. Die nach 1990 nachträglich eingebauten, angeblich rekonstruierten Wasserfolterzellen – einst die Hauptattraktion der Gedenkstätte - werden den Besuchern nicht mehr gezeigt. In der dortigen Ausstellung erfährt man, dass diese Folterzellen umstritten seien. Es war wohl nicht mehr möglich eine Tropffolter a la Karl May zu präsentieren, nachdem US-regierungsamtlich erklärt wurde, wie Wasserfolter wirklich geht. Völlig verabschieden will sich die Gedenkstätte von der Wasserfolter-Lüge aber dennoch nicht. Angeblich sei Wasserfolter in der Stalinzeit vielfach belegt. Ob damit Wasserfolter in der DDR gemeint ist oder zu welchem Zeitpunkt sie praktiziert worden sein soll bleibt im Gruselkabinett Hohenschönhausen weiter offen.
Wenn die Speerspitzen der Propaganda gegen die DDR und das MfS vorsichtiger agieren und Angriffsflächen vermeiden, dann ist das sicherlich auch auf unsere Gegenwehr zurückzuführen, auf unsere zahlreichen Publikationen und unser Auftreten in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch auf Aktivitäten im Internet.
Die Internet-Seite www.mfs-insider.de ist die vielleicht erfolgreichste Internet-Präsentation zur Zurückweisung der Hetze gegen das MfS und seine ehemaligen Mitarbeiter. Sie verzeichnete im Jahr 2014 insgesamt 202.642 Besucher, die 496.254 Seiten aufriefen, darunter 53,254 mal das komplett eingestellte Sachbuch „Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit der MfS“ und 7.960 mal das ebenfalls aufrufbare Buch „Fragen an das MfS“

Allein vom 01.-16.02.2015 wurden 10.643 Besucher mit 32.104 Seitenzugriffen registriert. Darunter auf das Buch „Die Sicherheit…“, das Buch „Fragen…“ , die eingestellte Broschüre von Prof. Schneider „Verleumdungsmanufaktur oder Gedenkstätte“ zur Bautzener Str., dem ehemaligen Sitz der BV Dresden, den ungekürzten Artikel von W. Schwanitz und W. Großmann zum 65. Jahrestag der DDR, den Beitrag zur Dauerausstellung in der Rusche-/Normannenstraße und den Beitrag zu den nicht mehr gezeigten Wasserfolterzellen in Hohenschönhausen.

Abschließend möchte ich Euer Interesse auf einen Artikel im „Neuen Deutschland“ vom 16.02.2015 lenken. Unter der Überschrift „Zum Verbrechen getrieben“ wird über ein aktuelles Urteil des Bundesverfassungsgerichtes berichtet. Dabei geht es um die Provokation von Straftaten durch V-Leute, wie sie auch aus der Praxis des FBI bekannt sind. Unsere in den USA zu unmenschlich langen Haftstrafen verurteilten Kundschafter sind bekanntlich Opfer solcher Praktiken. Zu einer generellen Verurteilung solcher Praktiken, bei denen z.B. Personen als Drogendealer angeworben werden, um sie anschließend wegen Drogenhandels zu inhaftieren, konnte sich das Bundesverfassungsgericht nicht durchringen. Es billigte in einem solchen Fall lediglich einen Strafrabatt zu.

Zum Vergleich:

In der Richtlinie 1/76 des MfS, die die Bearbeitung Operativer Vorgänge zur Aufklärung von Straftaten regelte, war festgelegt: *„Die sozialistische Gesetzlichkeit ist konsequent einzuhalten. Die IM* dürfen *nicht provozieren bzw. nicht zu Straftaten anregen. Die scheinbare Beteiligung an Straftaten verdächtiger Personen darf nur soweit erfolgen, wie es zur Realisierung der Ziele der Bearbeitung unumgänglich ist. Sie bedarf einer gründlichen Prüfung und der Bestätigung des Leiters der Diensteinheit.“* (Vgl. Punkt 2.3.5 Grundfragen der Zusammenarbeit mit den IM während ihres Einsatzes zur Bearbeitung Operativer Vorgänge)

Wer ist wohl im vorliegenden Kontext Rechtsstaat und wer ist Unrechtsstaat?

Beitrag des Genossen Eberhard Pätzold, Mitglied der Arbeitsgruppe Aufklärer und Webmaster der Internetadresse www.kundschafter-ddr.de

Nach der Ideenkonferenz zu den Möglichkeiten und Problemen eines Internetauftrittes im Februar 2013 schufen wir die nötigen Voraussetzungen für eine eigene Internetseite der AG Aufklärer: "Kundschafter der DDR" - (hhtp://kundschafter-ddr.de)

Diese Seite ist nun seit September 2013 im Internet. Wir ließen uns dabei von folgenden Überlegungen leiten:

- In Anknüpfung an unsere guten Erfahrungen bei der Herausgabe von Printmedien und ihrer Publikation auf Veranstaltungen kommt es in Zukunft darauf an unsere Wirksamkeit nach außen zu vergrößern.
- Mit wenigen Ausnahmen ist uns der Zugang zur Tagespresse verwehrt.
- Dem Mainstream, der sich in den gleichgeschalteten sogenannten "Qualitätsmedien" ergießt, muß unsere Position sowohl zur Geschichte als auch zu aktuellen brennenden Problemen entgegengesetzt werden
- Über das Internet, das für uns zugänglich ist erreichen wir eine Vielzahl von Menschen und vor allem jüngere Menschen suchen im Internet Antworten auf ihre Fragen.

Wir setzten die Schwerpunkte:
- Stellungnahmen zu aktuellen Problemen, insbesondere der Strategie der USA und NATO und der Rolle der Geheimdienste dabei
- Darstellung der eigenen Geschichte der HVA und der Militäraufklärung der NVA
- Berichte über das Leben unserer Kundschafter
- Informationen zu bevorstehenden Veranstaltungen, wie Buchvorstellungen, Ehrungen und Podiumsgespräche sowie Berichte über solche Ereignisse
- Vorstellung bisher erschienener einschlägiger Bücher sowie zugehöriger Rezensionen
- Zusammenstellung von Links zu Internetseiten befreundeter Organisationen und Medien.

Ziehen wir Bilanz:
Seit Existenz der Internetseite haben wir ca. 92 Beiträge ins Internet gestellt und auf über 55 Bücher verweisen können. Wichtig sind für uns immer eigene Beiträge, zu denen insbesondere Gen. Schramm (bis zu seiner Erkrankung) sowie die Gen. Eichner und Rehbaum beitrugen. Oft erscheint natürlich Rainer Rupp als Autor - wenn wir seine Artikel aus der "jungen Welt" übernehmen. Außer aus der "jungen Welt" übernahmen wir auch Beiträge aus dem "Rotfuchs" und dem "ND".
Über die Auswertung unserer Basissoftware für den Blog erfahren wir auch die Resonanz auf unsere Internetseite: (Stand Anfang März 2015)
Durchschnittlich haben wir auf unserer Internetseite ca. 43 Besucher mit etwa doppelt so vielen Seitenaufrufen (gezählt werden nur Besucher, die länger als 5 Minuten auf den Seiten verweilen). Seit September 2013 sind über 18.500 Besucher und doppelt so viele Seitenaufrufe gezählt worden. Der Hauptanteil (ca. 13.000) kommt aus Deutschland mit über 24.300 Seitenaufrufen. Dabei kommen die Besucher aus allen Landesteilen in Deutschland.
Eine kleine Tabelle gibt Überblick über die häufigsten Besucher aus dem Ausland:

Land	Besucher	Seitenaufrufe	Seitenaufrufe/Besuch
USA	2.400	3.550	1,5
China	500	600	1,2
Ukraine	360	450	1,25
Russische Föderation	340	890	2,6
Frankreich	210	430	2,0
Canada	140	480	3,4
Israel	130	600	4,6
Großbritannien	100	120	1,2
Österreich	90	200	2,2
Niederlande	90	200	2,2
Polen	80	100	1,25
Schweiz	80	125	1,6
Türkei	35	385	11 (!!)
Dänemark	15	90	6

Die Besucher kommen aus über 70 Ländern, wenn auch mit sehr unterschiedlicher Häufigkeit und Seitenaufruf. Die Herkunft einiger Besucher lässt sich auch nicht identifizieren! Sicher sind unter den Interessenten für unsere Internetseite nicht nur Freunde unserer Gedanken!

Aufschlussreich sind auch Erhebungen, was die Besucher besonders interessiert:

Großes Interesse besteht an Rubriken und an Beiträgen, die Auskunft geben über die Auslandsaufklärung der DDR und besonders über die Kundschafter. Die Seiten "Buchempfehlungen" und "Über uns" werden am häufigsten besucht.
An vorderster Stelle der Beiträge stehen die Berichte "Aus dem Leben unserer Kundschafter", die Buchvorstellungen und Rezensionen der Bücher über unsere Kundschafter. Auch die Gespräche mit Rainer Rupp von KenFM haben reges Interesse hervorgerufen, ebenso wie Beiträge die unsere Wertschätzung und Solidarität mit den Kundschaftern zum Ausdruck bringen. Der Beitrag von Gen. Gotthold Schramm zum Aufenthalt von James Clark in Berlin fand ebenso Interesse wie das "jW" Interview mit James Clark. Große Aufmerksamkeit erhielt auch der Hinweis und der Beitrag zum Film "Junior und der Schwan". Gut wäre, wenn es gelingt den Film ständig bei uns abrufbar zu machen!
Die Beiträge und Rezensionen zur Geschichte der HVA und der Verwaltung Aufklärung der NVA finden ebenfalls großes Interesse, genauso wie Stellungnahmen zur nicht nachlassenden Diffamierung der Sicherheitsorgane der DDR. So wurde auch der Beitrag des Gen. Wolfgang Schwanitz und des Gen. Werner Großmann zum 65. Jahrestag der Bildung des MfS über 120 mal aufgerufen.
In diesem Zusammenhang muss auch die große Nachfrage zum Thema westlicher Geheimdienste in den Beiträgen von Gen. Klaus Eichner und Gen. Gotthold Schramm erwähnt werden.
Zunehmend haben wir auch Beiträge zu aktuellen Problemen wie der NSA-Affäre, der Situation im Nahen Osten und in der Ukraine und der zunehmend aggressiven Rolle der USA und Ihrer Verbündeten, insbesondere der BRD, in die Homepage gestellt, die sehr oft nachgefragt werden - manchmal sogar die tägliche Besucherzahl beeinflusst.
Positiv hat sich die Vernetzung zwischen unseren Arbeitsgruppen und befreundeten Organisationen und Medien entwickelt. So fanden die Besucher unserer Homepage den Weg zur "jungen Welt", zu den Youtoube-Seiten von Gen. Herbert Kierstein und zu den Internetseiten von "mfs-insider.de", "kundschafter-frieden.de", "ddr-kabinett-bochum.de", "grenztruppen-ddr.de", "okv-ev.de".
Zu unserer Homepage finden uns die meisten natürlich über "Google Search". Über das Stichwort "Kundschafter" braucht man nur auf die 2. Seite blättern um unsere Adresse zu finden. Da übertrifft uns nur die Seite der Initiativgruppe "Kundschafter des Friedens" - auf Seite 1! Viele Besucher erreichten uns über die Homepage der GRH (grh-ev.org), des OKV (okv-ev.de) sowie von "mfs-insider.de" , "kundschafter-frieden.de" und "ddr-kabinett-bochum.de".
Nach der Ideenkonferenz im Herbst 2014 haben sich die Zugriffe auf unsere HP von anderen Seiten deutlich verbessert.

Über unsere Kontaktadresse melden sich hin und wieder auch Menschen, die den Kontakt zu uns suchen, uns um Unterstützung und Hilfe bitten, bzw. die sich bei uns bedanken. In letzter Zeit gab es auch Anfragen mit wissenschaftlichem Hintergrund.
Es gibt gelegentlich auch Anfragen von Journalisten der sogenannten "Qualitätsmedien", denen wir aber in der Regel eine Absage erteilen.

Schlussbemerkungen:
- Die Bilanz zu unserer HP bestärkt und sie verpflichtet uns, dass wir uns weiterhin im Internet zu Wort melden. Wo soviel Lügen über uns verbreitet werden - wer sollte da prädestinierter sein als wir selbst die Wahrheit zu verbreiten.
- Das erfordert, dass wir die Zuarbeit auf breitere Schultern verlagern müssen. Da kann es auch kein Ressortdenken geben, auf welcher der HP der einzelnen AG'n was erscheint - besser es erscheint mehrmals als gar nicht! Warum sollten nicht auch Beiträge, die in den Printmedien unserer Organisationen erscheinen - auch im Internet verschiedener HP'n zu lesen sein. (Hinweis über unsere Kontaktadresse genügt - kommt bei uns an!)

- Wir vermuten, dass auch manche Rezension zu Büchern, auf die wir in den Buchempfehlungen verweisen, noch existieren. Stellt sie uns bitte zur Verfügung.
- Wir werden auch weiterhin in Absprache mit dem Verlag und den Betroffenen die Reihe "Aus dem Leben unserer Kundschafter.." fortsetzen.
- Wir bitten auch zu prüfen wie wir noch mehr Veranstaltungen in unserer Rubrik "nächster Termin" popularisieren können.(Buchvorstellungen, Vorträge u.s.w.)

Unsere Auftritte im Internet müssen jeden Genossen interessieren - wer keinen PC hat sollte seine Kinder/Enkel ansprechen. Wir sollten auch darüber nachdenken, im Kreis von Interessenten sich praktische Kenntnisse anzueignen, das könnte durchaus auch übergreifend mit den anderen HP'n der GRH organisiert werden.

Beitrag des Genossen Heinrich Tauchert, Sprecher der Initiative für gerechte Altersversorgung (IGA)

Zunächst möchte ich mich beim Vorstand der GRH und ihrem Vorsitzenden, Hans Bauer, herzlich bedanken für die Gelegenheit, aus Anlas 65 Jahrestages des MfS Gedanken zur Bildung, der Entwicklung und der jetzigen Situation, auszutauschen.
Mit großem Interesse haben wir die Würdigung dieses Ereignisses in dem in der „Jungen Welt „veröffentlichtem Interview von Werner Großmann und Wolfgang Schwanitz aufgenommen und bedanken uns für die Worte von Hans Bauer in der Eröffnungsrede. Es ist das Verdienst der GRH sich den aktuellen politischen Herausforderungen zu stellen und die Delegitimierung der DDR als Unrechtsstaat zurückweist. Die Kernaussage findet die volle Unterstützung. Das Ministerium für Staatssicherheit war entsprechend der Politik der DDR verpflichtet, gemeinsam mit allen bewaffneten Kräften zur Friedenssicherung, zum Schutz des sozialistischen Aufbaus und zur Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung beizutragen. Die sich daraus ableitende politische, humanistische und moralische Haltung aller Angehörigen der bewaffneten Kräfte offenbarte sich in der komplizierten Situation der Konterrevolution von 1989 mit der Entscheidung keine Waffen gegen das eigene Volk einzusetzen.
Unabhängig von der dem heutigen Zeitgeist geschuldeten und sich ständig wiederholenden Angriffen, Verleumdungen und Lügen über die Arbeit des MfS ist und bleibt es aus meiner Sicht bedeutsam, dass die Zeitgeschichte auf Dauer die Tatsache nicht verdrängen kann, dass das MfS im Bunde mit allen bewaffneten Organen der DDR wesentlich mit dafür gesorgt hat, dass wir in Europa 40 Jahre in Frieden leben konnten und eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den sich feindlich gegenüberstehenden Gesellschaftssystemen verhindert wurde. Die verantwortungslose Hetze gegen das MfS und die DDR wird die friedenserhaltende Mission der DDR nicht auf den Friedhof der Geschichte entsorgen können. Die beförderte massive Geschichtsrevision zur Rolle Der Sowjetunion und der „Roten Armee „im Vaterländischen Krieg, wie auch Gleichsetzung der DDR mit der faschistischen Diktatur des 3. Reiches
wird daran nichts ändern. Die Diktion der Geschichtsfälschung wird von der Mehrheit der Bürger In den neuen Bundesländern abgelehnt, so sehr sich der Bundespräsident der BRD, Herr Gauck, auch darum bemüht. Die Geschichtsfälschung ist nicht tragfähig, sie steht im Widerspruch zu den historischen Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands. Diesen Widerspruch erkenntnisreich zu untersetzen und öffentlich vorzutragen, ist angesichts der Manipulation über die DDR eine ständige Aufgabe der Aufklärung geworden. Einen überzeugenden Beitrag dazu

leisten die GRH, die „Junge Welt“, der „RotFuchs“ und die zahlreichen Publikationen zur Geschichte und Arbeit der Aufklärung und Abwehr des MfS. Die Ideale, für die wir stritten, fanden leider keine Erfüllung. Wir tragen schwer daran, dass wir trotz der hohen Professionalität der Geheimdienste der DDR das Scheitern des Sozialismus in der DDR nicht verhindern konnten. Die vielfältigen Gründe dafür sind nicht Gegenstand meines Beitrages, allerdings ist das MfS natürlich, ebenso wie auch andere gesellschaftliche Strukturen der DDR, in die Analyse des Scheiterns eingebunden.

Ich möchte nun aus meiner Sicht zwei wichtige Themen ansprechen:
Zum ersten, den Kundschaftern des Friedens für ihre Leistungen im „Kalten Krieg“ gehört ein Denkmal. Mit ihrem unmittelbaren persönlichen Einsatz und ihrer tiefen humanistischen Überzeugung für die Erhaltung des Friedens zu arbeiten, halfen sie unter gefährlichen Bedingungen mit, den Ausbruch eines Krieges, der ein Atomkrieg hätte werden können, zu verhindern. Die Führung der DDR war durch die Tätigkeit der Kundschafter der HVA und Abwehr in den Zentren der BRD, der NATO, den Geheimdiensten und in den USA in der Periode des „Kalten Krieges“ umfassend über Pläne und Absichten der Friedensgefährdung informiert. Interessant ist die Stellungnahme des ehemalige Präsident der USA „Bill Clinton“ zur Tätigkeit der Geheimdienste im „Kalten Krieg“ in der Sendung „Zu Gast bei Sabine Christiansen,“ am 11. 07.2004 seine Aussage:
„Die Nachrichtendienste der Vereinigten Staaten und unserer Verbündeten sind im Allgemeinen für den Kalten Krieg organisiert worden. Wir wissen, wie man in kommunistische Länder eindringt und wie die bei uns saßen. Wir haben gewusst was die machen. Die haben gewusst was wir machen. Die Spione haben dafür gesorgt, dass zwischen uns kein Atomkrieg statt fand. Diese Vorstellung ist schrecklich, aber so war es doch. Alle wussten, was die andere Seite tut. Damit war die Wahrscheinlichkeit, dass es zum Atomkrieg kam sehr gering.“
Mit der Feststellung bestätigt der Präsident, dass die bis dahin gegenseitige Abschreckung den Frieden für 40 Jahre sicherte. In dieser historischen Bedeutsamkeit finden sich die Leistungen der Kundschafter des Friedens wieder. Haft und Verfolgung konnten ihre Überzeugung und ihre Standhaftigkeit bis heute nicht brechen, ihnen gehört der Dank der friedliebenden Menschen. Leider werden die Dokumente der Friedensgefährdung, die das bestätigen können, der Öffentlichkeit durch die Jahnbehörde vorenthalten. Die Sorge um die Friedenserhaltung hat aus meiner Sicht eine tiefe Berechtigung. Die menschliche Zivilisation ist mit einer neuen gefährlichen Lage konfrontiert. Die neue Weltordnung des Imperialismus nach dem Scheitern des Sozialismus überzieht den Globus mit Kriegen und Konflikten. Zur gegenseitigen Berechenbarkeit können wir nicht mehr beitragen. Selbst in Europa besteht angesichts des Ukraine-Konfliktes und des Versuches der militärischen Einkreisung der atomaren Großmacht Russland die Gefahr eines Krieges durch die NATO und die USA. Offensichtlich ist ein Prozess in Gang gesetzt worden, dessen weitere Entwicklung noch nicht eingeschätzt werden kann, aber dessen Gefährlichkeit nicht zu übersehen ist. Verhängnisvoll ist, dass es gegenwärtig noch keine gesellschaftliche Kraft oder Bewegung gibt, die dieser Entwicklung ernsthaft entgegenwirken kann.

Zum zweiten möchte ich auf den Widerstand gegen immer noch praktizierende Sondergesetze und das eigens dafür geschaffene Sonderrecht Stellung nehmen. In der Sache gibt es Übereinstimmung mit ISOR.
Es ist bekannt, dass ab 2012 sieben Verfassungsklagen anhängig sind. Die Bedeutung besteht darin, dass mit den Klagen die widersprüchliche, diskriminierende und bestandskräftig gewordene Rechtssetzung zum AAÜG §7 vom 25.07 1991 und zum 2 AAÜG/ ÄndG. Anl.6 vom 27.07.2001 in Frage gestellt ist. In Folge des Einigungsvertrages vom 31.08.1990 kam es zu schwerwiegenden Verwerfungen mit dem Rentenüberleitungsgesetz. Zusatz- und Sonderversorgte

sind die Renten gekürzt. Betroffen davon sind 19 Berufsgruppen. Die eingetretenen Gerechtigkeitslücken musste selbst die Bundestagsfraktion der SPD in ihren Antrag 17/6486 vom 06.07.2011 an den „Deutschen Bundestag“ eingestehen. Der Nachweis der Verfassungswidrigkeit ist detailliert in den Verfassungsklagen der Rechtsanwälte und den untersetzenden Wissenschaftlichen Gutachten nachgewiesen. Das „Verfassungsrechtliche Gutachten“ des Prof. Dr. Dr. Detlef Merten ist öffentlich weiter gereicht worden. Mit der genannten Rechtssetzung vor 24 Jahren wurde die Wertneutralität des „Deutschen Rentenversicherungsrechtes“ ausgehebelt. Die Verfassungsklagen sind keine für sich isolierten Vorgänge zu § 7 AAÜG. Sie berühren den gesamten Komplex der Rentenüberleitung für die Bürger der DDR. So werden bis heute 19 weitere Berufsgruppen rentenrechtlich benachteiligt.
Massiv betroffen von der Rentenstrafe sind die Angehörigen des MfS. Sie haben eine zweifache Rentenkürzung zu tragen. Für die Normalversicherten wird das Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 22641,51 Euro, Monat 1886,79 Euro angerechnet. Alles darüber wird nicht angerechnet. Bei den Angehörigen des MfS erfolgt eine Einkommensanrechnung für die gesamte Zeit der Tätigkeit von 12.392 Euro- monatlich 1.033 Euro. Die Betroffenen, immerhin ca. 125.000 haben eine Rentenkürzung von monatlich zwischen 200 bis500 Euro zu verkraften.
Für 1 Jahr Tätigkeit im MfS wird 1 Entgeltpunkt angerechnet mit dem gegenwärtigen Wert vom 26,39 Euro Ost. Es ist zynisch wenn in den Medien zu lesen ist, dass ehemalige Angehörige des MfS Sonderrenten beziehen würden. Nicht wenigen der rentennahen Jahrgänge müssen auch mit Altersarmut rechnen. Das sind vor allem solche Angehörigen, die nach dem gesellschaftlichen Umbruch lange Zeiten der Arbeitslosigkeit hatten, in niedrigen Lohnstufen beschäftigt waren bzw. sich nicht weiter Rentenversichert haben. Die Diskriminierung erbringt für den Personenkreis weitere Einschränkungen. Durch staatliche Sanktion gibt es Berufsverbote für den öffentlichen Dienst, verhindert wird das passive Wahlrecht. Begleitet werden diese Maßnahmen durch Verteufelung und Diffamierung von allen was mit dem MfS in Verbindung gebracht werden kann. Es war und ist eine starke Herausforderung damit fertig zu werden und es war und ist richtig, dass wir nicht aufgegeben haben für unsere Rechte zu kämpfen.
Es wäre simpel anzunehmen, dass der Rentenstrafe für Angehörige des MfS angeblich „überhöhte“ Einkommen zu Grunde liegen. Das anhängige „Sozialwissenschaftliche Gutachten“ des Prof. Dr. Hans-Jürgen Weißbach und Dr. Horst Miethe widerlegen diese Feststellungen. Die Tätigkeit im oder für das MfS wird bestraft.
Das ergibt sich selbst aus dem Urteil des BVerfG vom 28.04.1999 zu §7 AAÜG.
Darin ist bestimmt: „Einkommen bestimmter Personengruppen aus Tätigkeiten, die einen erheblichen Beitrag zur Stärkung oder Aufrechterhaltung des politischen Systems der DDR geleistet haben, sind nicht im vollem Umfang in die Rentenberechnung zu übernehmen.“ Viele der Klagenden erhoffen sich eine Entscheidung des BVerfG im Sinne der Aufhebung der diskriminierenden Begrenzungsregelung auf den Durchschnitt, d.h. die endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts. Alle notwendigen Dokumente und Beweismittel dafür liegen beim BVerfG nunmehr seit Jahren auf dem Tisch. Nach mehreren Anfragen an das BVerfG, einschließlich von 2 Sozialgerichten bezüglich des Termins einer Entscheidung wird mitgeteilt, „dass voraussichtlich eine solche 2015 fallen soll. Das Gericht bittet noch um Geduld.“
Es wird erwartet, dass eine erneute Entscheidung des BVerfG die Normen des Grundgesetzes ohne Einschränkung wieder herstellt und auch die ehemaligen Angehörigen des MfS einbezieht.
Liebe Freunde und Genossen,
der erreichte Stand um Kampf um unser Recht ist das Ergebnis enger Zusammenarbeit zwischen ISOR, der IGA und den Rechtsanwälten. Die heutige Zusammenkunft ist deshalb auch Anlass uns im Namen der IGA und von ISOR für die erwiesene Unterstützung und Solidarität zu bedanken.

Schlussbemerkungen des Vorsitzenden der GRH, Hans Bauer

Liebe Freunde und Genossen!
Gewürdigt haben wir heute den 65. Jahrestag der Gründung des MfS. Dank gebührt allen, die gekommen sind und besonders jenen, die aktiv mitgewirkt haben.

Was nehmen wir aus unserer Veranstaltung mit?
Stolz auf unsere Arbeit und unsere Leistungen zum Nutzen unseres Staates DDR und seiner Bürger. Keiner, der ehrlichen Herzens und mit ganzer Kraft zum Schutze unseres sozialistischen Landes beigetragen hat, hat Veranlassung sich entschuldigen.
Wir nehmen mit, dass gerade unter den heutigen komplizierten Bedingungen unsere Organisation der Gleichgesinnten, unser Zusammenhalt in der GRH, unabdingbar ist.
Und wir sind uns im Ergebnis darüber einig, dass noch viel zu tun ist. Dass Gedanken, Mitarbeit und Einsatz jedes Einzelnen auch künftig gefragt sind. Aufklären über die Wahrheit, Vermitteln unserer Erfahrungen und Position beziehen in den Auseinandersetzungen der Gegenwart - das ist unsere heutige Verantwortung. Dafür bedarf es aber stabiler Gesundheit, eines klaren Kopfes und eines Umfeldes in der Familie und im Freundeskreis, in dem man Kraft und Optimismus schöpfen kann. Das wünsche ich Euch und uns allen.

PROVISORISCHE VOLKSKAMMER
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

10. Sitzung — Mittwoch, den 8. Februar 1950

Beginn der Sitzung: 13.45 Uhr

Anwesende Mitglieder der Regierung:

Stellv. Ministerpräsident Prof. Dr. Kastner
Stellv. Ministerpräsident Nuschke
Stellv. Ministerpräsident Ulbricht
Minister Dr. Bolz
Minister Burmeister
Minister Goldenbaum
Minister Dr. Hamann
Minister Dr. Loch
Minister Rau
Minister Prof. Dr.-Ing. Reingruber
Minister Steidle
Minister Dr. Steinhoff
Minister Wandel

Begrüßung der Ehrengäste, der Vertreter diplomatischer Missionen und der eingeladenen Jugend-Aktivisten . . . . . S. 169

Bekanntmachungen . . . . . S. 170

Mandatsveränderungen
Entschuldigungen

Bekanntgabe und Genehmigung der Tagesordnung S. 171

1. **Beschlußfassung über die Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik**
(Antrag des Präsidiums und der Fraktionsvorsitzenden der Provisorischen Volkskammer Drucksache Nr. 46) . . . . . S. 171

Beschluß:

Der Antrag Drucksache Nr. 46, die deutsche Hymne von Johannes R. Becher und Hanns Eisler zur Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik zu erklären, wird angenommen.

Begrüßung einer polnischen Sportdelegation . . S. 180

2. **Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung**
(Drucksache Nr. 39) . . . . . S. 172

Hierzu:

Abänderungsantrag des Jugendausschusses (Drucksache Nr. 42)

Zusatzantrag des Jugendausschusses (Drucksache Nr. 48)

Stellv. Ministerpräsident Ulbricht . . S. 172
Abg. Honecker (FDGB/FDJ u. a.), Berichterstatter . . . . . S. 180
Abg. Frau Baumann (SED) . . . . . S. 183
Abg. Dulde (LDP) . . . . . S. 185
Abg. Pfaffenbach (NDPD) . . . . . S. 186
Abg. Graeber (Sozialdem. Frakt.) . . S. 187
Abg. Rose (DBD) . . . . . S. 188
Abg. Frau Schmidt (Kulturb./DFD/VVN) S. 190
Abg. Geschke (Kulturb./DFD/VVN) . . S. 191
Abg. Götting (CDU) . . . . . S. 191
Abg. Keßler (FDGB/FDJ u. a.) . . . . S. 192

Beschluß:

Der Abänderungsantrag des Jugendausschusses Drucksache Nr. 42 und der Zusatzantrag Drucksache Nr. 48 werden angenommen. Mit diesen Änderungen wird das Gesetz Drucksache Nr. 39 in erster und zweiter Lesung angenommen.

Empfang einer Delegation der FDJ, der Jungen Pioniere und der Sportler

Vertreterin der Jungen Pioniere . . . S. 196

Unterbrechung der Sitzung von 18.00 bis 18.15 Uhr

3. **Gesetz über Maßnahmen zur Erreichung der Friedenshektarerträge**
(Drucksache Nr. 40, berichtigte Fassung) . S. 197

Hierzu:

Antrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft (Drucksache Nr. 45)

Minister Goldenbaum . . . . . S. 197
Abg. Scholz (DBD), Berichterstatter . . S. 202
Abg. Graeber (Sozialdem. Frakt.) . . S. 204
Abg. Hillebrandt (CDU) . . . . . S. 204
Abg. Weißhaupt (DBD) . . . . . S. 206
Abg. Möller (NDPD) . . . . . S. 208
Abg. Kröning (LDP) . . . . . S. 209
Abg. Wehmer (FDGB/FDJ u. a.) . . . S. 210
Abg. Brandt (SED) . . . . . S. 211

Beschluß:

Der Antrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft Drucksache Nr. 45 wird angenommen. Mit diesen Änderungen wird das Gesetz Drucksache Nr. 40, berichtigte Fassung, in erster und zweiter Lesung angenommen.

4. **Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit**
(Drucksache Nr. 41, berichtigte Fassung) . S. 213
Minister Dr. Steinhoff . . . . . S. 213

Beschluß:

Das Gesetz Drucksache Nr. 41, berichtigte Fassung, wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Mitteilung betr. Tagesordnung der 11. Sitzung S. 214

Ende der Sitzung: 21.12 Uhr

Präsident Dieckmann:

Die 10. Vollsitzung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist eröffnet.

Ich habe die Ehre und die Freude, wieder eine Anzahl von Ehrengästen in unserer Mitte begrüßen zu können. Ich begrüße vor allem die Herren Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission und der verschiedenen diplomatischen Missionen der uns befreundeten Nationen, denen ich für ihr Erscheinen herzlich danke.

Beratung und Beschlußfassung über das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit (Drucksache Nr. 41).

Es ist von keiner Fraktion des Hauses Ausschußberatung über dieses Gesetz beantragt. Infolgedessen kann das Gesetz, wenn eine solche Ausschußberatung nicht noch jetzt beantragt werden sollte, ohne Ausschußberatung in der heutigen Sitzung verabschiedet werden.

Das Gesetz wird seitens der Regierung durch den Minister des Innern, Herrn Dr. Steinhoff, begründet werden. Ich darf den Herrn Minister des Innern bitten, das Wort zu nehmen.

Minister Dr. Steinhoff (Min. d. Innern):

Meine Damen und Herren! In den letzten Monaten erhielten die zuständigen Regierungsstellen in erhöhtem Maße Mitteilungen über Sprengungen in volkseigenen Betrieben und Werken, im Verkehrswesen wie auch auf volkseigenen Gütern und auf Neubauerngehöften. Ebenso wurde eine Zunahme der Tätigkeit von Spionen, Diversanten und Saboteuren festgestellt. Demzufolge forderte die Regierung am 26. Januar 1950 den Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, den Chef der Hauptverwaltung der Kriminalpolizei und den Chef der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft zur informatorischen Berichterstattung über die Tätigkeit feindlicher Elemente auf dem Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik auf. Die detaillierten Berichte, deren wesentlichen Inhalt Sie aus der Presse entnommen haben werden, engaben den Beweis für die Tätigkeit verbrecherischer Elemente im Auftrage und unter direkter Anleitung durch die englisch-amerikanischen Imperialisten und ihre Handlanger.

Die verbrecherische Tätigkeit dieser Elemente richtet sich gegen alle wahrhaften Kämpfer der Nationalen Front, denen der Friede und eine glückliche Zukunft unseres deutschen Vaterlandes am Herzen liegen. Die Spionage-, Diversions- und Sabotageakte gefährden aber nicht nur den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern sie sind auch geeignet, den Frieden zu gefährden, dadurch, daß sie direkt oder indirekt Anlaß für neue kriegerische Verwicklungen bieten können. Sie sind deshalb in jedem Sinne gegen unsere demokratische Ordnung, gegen den Wirtschaftsplan, gegen das Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik und gegen die Friedenspolitik gerichtet. Die Deutsche Demokratische Republik bedeutet die Basis zur Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands. Die Deutsche Demokratische Republik vertritt konsequent die vaterländischen Interessen aller wahrhaft deutschen Patrioten. Die Regierung kann daher eine Lage nicht zulassen, die gegen die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes gerichtet ist. Sie trägt die Verantwortung nicht nur für das Wohl und Wehe der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in der Zone, sondern gemäß ihrem Auftrag für ganz Deutschland.

Der Ministerrat faßte deshalb einmütig den Beschluß über die Abwehr von Sabotage. Gleichzeitig beschloß der Ministerrat einstimmig, im Hinblick auf Umfang und Bedeutung der zu lösenden Aufgaben der Provisorischen Volkskammer das Ihnen vorliegende Gesetz zur Umbildung der bisher dem Ministerium des Innern unterstellten Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft in ein Ministerium für Staatssicherheit zur Annahme zu empfehlen.

Die hauptsächlichsten Aufgaben dieses Ministeriums werden sein, die volkseigenen Betriebe und Werke, das Verkehrswesen und die volkseigenen Güter vor Anschlägen verbrecherischer Elemente sowie gegen alle Angriffe zu schützen, einen entschiedenen Kampf gegen die Tätigkeit feindlicher Agenturen, Diversanten, Saboteure und Spione zu führen, einen energischen Kampf gegen Banditen zu führen, unsere demokratische Entwicklung zu schützen und unserer demokratischen Friedenswirtschaft eine ungestörte Erfüllung der Wirtschaftspläne zu sichern. Zur Durchführung dieser Aufgaben bildet das Ministerium in den Ländern Verwaltungen für Staatssicherheit, die dem Ministerium unmittelbar unterstellt sein werden. Durch die Umbildung der bisherigen Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft in ein selbständiges Ministerium für Staatssicherheit wird die Garantie für eine demokratische und friedliche Entwicklung unserer deutschen Heimat gegeben sein. Namens der Regierung bitte ich Sie um Annahme des Gesetzes.

(Beifall)

Präsident Dieckmann:

Wie ich dem Hause schon mitgeteilt habe, liegt ein Antrag von irgendeiner Fraktion auf Ausschußberatung dieser Vorlage nicht vor. Da mithin das Haus von der Überweisung an einen Ausschuß absieht, was es nach § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung tun kann, nehme ich an, daß das Haus auch die erste und zweite Lesung miteinander verbinden will. — Ich höre keinen Widerspruch.

Ich eröffne nunmehr die Aussprache über das Gesetz und bitte um Wortmeldungen. — Ich stelle fest, daß Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich schließe die Beratung und schreite zur Abstimmung. Ich bitte, dabei zu beachten, daß der Wortlaut des Gesetzes in § 1 nach Mitteilung der Regierung eine Änderung insofern erfahren soll, als das letzte Wort des § 1 „ergänzt" in „geändert" geändert werden muß. Ich brauche nicht den ganzen Paragraphen vorzulesen, weil die Drucksache in Ihrer Hand ist.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Drucksache Nr. 41, den Antrag der Regierung auf Beschluß eines Gesetzes über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die diesem Gesetz ihre Zustimmung geben wollen, dies durch Handerheben zu bekunden. — Gegenstimmen? — Stimmenhaltungen? — Auch hier sind keine Stimmenthaltungen und keine Gegenstimmen. Auch dieses Gesetz hat die einstimmige Annahme durch die Volkskammer erfahren, was ich hiermit feststelle.

(Beifall)

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1950 | Berlin, den 21. Februar 1950 | Nr. 15

Inhalt

Tag		Seite
8. 2. 50	Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit	95
8. 2. 50	Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung	95
16. 2. 50	Verordnung über die Neuorganisation des statistischen Dienstes	99
16. 2. 50	Anordnung über die Bildung eines Wissenschaftlich-Technischen Rates zur Überprüfung von Investitionsvorhaben	101
3. 2. 50	Siebente Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Verteilung von industriellen und gewerblichen Waren	101

Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit.

Vom 8. Februar 1950

§ 1

Die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wird zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Das Gesetz vom 7. Oktober 1949 über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 2) wird entsprechend geändert.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Berlin, den 8. Februar 1950

Das vorstehende, vom Präsidenten der Provisorischen Volkskammer unter dem 10. Februar 1950 ausgefertigte Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 18. Februar 1950

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

W. Pieck

Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung.

Vom 8. Februar 1950

Eine gebildete, körperlich gesunde, kräftige, in ihren Auffassungen und ihrem Streben fortschrittliche Jugend sichert ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine demokratische Erziehung und Entwicklung der deutschen Jugend geschaffen. Nach den in ihr verankerten Grundsätzen ist der Schutz der gesamten Jugend vor Ausbeutung vorgesehen; die geistige, berufliche und körperliche Entwicklung der Jugend und ihre Teilnahme am staatlichen und gesellschaftlichen Leben gewährleistet; die Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens, der Freundschaft zwischen den Völkern, wahrer Demokratie und eines echten Humanismus als aktive und bewußte Bürger der neuen demokratischen Gesellschaft festgelegt.

Der deutsche Imperialismus hat die deutsche Jugend mißbraucht. Er hat im Interesse der deutschen Monopolherren und der Junker die gesamte Erziehung der Jugend der Vorbereitung und Führung von Raubkriegen untergeordnet.

Tlegewirt

BERLINER AUSGABE · VORWÄRTS ·

NEUES DEUTSCHLAND

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

5. (61.) Jahrgang / Nr. 34 | Berlin, Donnerstag, 9. Februar 1950 | Einzelpreis 15 Pf.

Diese Jugend wird siegen

Das sind die Jungen und Mädchen, gegen die Schumacher mit amerikanischen Panzern vorgehen will. Sie jubeln bei der Annahme des Jugendgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik, das ihnen alle Möglichkeiten gibt, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten für eine friedliche Zukunft auszubilden und einzusetzen.

In den Reihen der Männer und Frauen der Volkskammer leuchten die blauen Hemden, die blauen Kleider mit den weißen Blusenärmeln: Das sind die Aktivisten der MAS-Stationen; Bruno Kiesler ist dabei, der alle bisherigen Leistungsnormen in der Landwirtschaft mit seinem Traktor brach, die blonde Marianne Bau von den Halleschen Kleiderwerken, die die Qualitätsbewegung begründete, junge Menschen, die die gewaltige Talsperre in Sosa mitterbauten, Jungaktivisten der Max-Hütte, der Eisenbahn. Mit ihren Leistungen trugen sie zur Geburt einer neuen Heldentums bei, des Heldentums der Arbeit. Heute ist ihr großer Tag.

Während ihre Kameraden aus Westdeutschland von französischen Werbern als Schlachtvieh nach Vietnam verladen, in die Uniformen der amerikanischen Militärreihelten gesteckt werden, während die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in Westdeutschland eine Million erreicht hat, bestätigt die Deutsche Demokratische Republik durch den Erlaß eines Gesetzes, daß ihre Sorge und Liebe in erster Linie der Jugend gelten.

Für die Jugend unserer Republik werden Berufsausbildung, Studium, Gestaltung der Freizeit und Erholung keine Probleme mehr sein. Während ihre Freunde in Westdeutschland und Westberlin auf Höfen singen, Gläser spülen und Teppiche klopfen, während Studentinnen ihre Würde als Taxi-Girl verkaufen müssen, werden bei uns die Mittel für Stipendien an die Studenten der Universitäten, Hochschulen, Arbeiter- und Bauernfakultäten und Fachschulen im Jahre 1950 auf 67 Millionen erhöht. Während die Herren in Bonn die Jugend los sein wollen, sie in die Urwälder Südamerikas verschiffen, wartet die Friedenswirtschaft der Republik auf die Kraft ihrer zukünftigen Lehrer, Ärzte, Ingenieure und Künstler.

Soll diese Jugend, die in den vergangenen Jahren bewiesen hat, daß sie die Gesetze des gesellschaftlichen Fortschritts besser begreift, als viele Ältere und die heute die gesetzliche Anerkennung ihrer bedeutenden Rolle erlebt, nicht jubeln? Weite sieghafte Fahnen wehen auf dem Platz vor der Volkskammer. Etwa 5000 Jungen und Mädchen sind dort zusammengeströmt. Sprechchöre klingen auf. Lachen, Erregung, eine große Freude liegt in der Luft. Helle Stimmen rufen nach Walter Ulbricht.

Der Sitzungssaal wird von der Erregung dort unten angesteckt, optimistische Jugendlieder haben die hohen Fenster durchbrochen und dringen fordernd zwischen die Worte der Diskussionsredner.

Im Augenblick der Annahme des Gesetzes, als die Männer und Frauen der Volkskammer sich von ihren Plätzen erheben, öffnen sich die Türen und lassen eine Delegation Junger Pioniere hinein: „Allen die Welt und jedem die Sonne". Der Saal ist plötzlich weiter geworden, zahllose Blumen-

Unsere Jugend hat ein Vaterland

10. Tagung der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik
Gesetze zur Förderung der Jugend, zur Erreichung von Friedenshektarerträgen, zur Schaffung eines Ministeriums für staatliche Sicherheit

Berlin (Eig. Ber.). In Gegenwart diplomatischer Vertreter der befreundeten Nationen und zahlreicher Ehrengäste, darunter jugendlicher Aktivisten aus allen Teilen der Republik, sowie der Schöpfer der deutschen Nationalhymne, beschloß die Provisorische Volkskammer in ihrer gestrigen 10. Tagung drei außerordentlich wichtige Gesetze. Auf der Tagesordnung stand neben der Bestätigung der Nationalhymne die Verabschiedung der Gesetze über die Förderung der Jugend, über die Erreichung von Friedenshektarerträgen und über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit.

Die Bestätigung der Nationalhymne, die von Nationalpreisträger Johannes R. Becher verfaßt und von Prof. Hanns Eisler vertont wurde, entsprach einem gemeinsamen Antrag des Präsidiums und aller Fraktionen. Sobald in ganz Deutschland eine Abstimmung für die Schaffung eines einigen Deutschland, einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen stattgefunden hat, wird der Beschluß über die Nationalhymne der Bestätigung durch die ganze deutsche Bevölkerung unterzogen werden.

Das Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung geht auf die Initiative des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei zurück, das in seiner Sitzung vom 10. Januar bekanntlich der Öffentlichkeit konkrete Vorschläge über die Erziehung und Förderung der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik unterbreitete. Die Bedeutung dieses Gesetzes wurde durch die Tatsache unterstrichen, daß der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, den Entwurf in grundsätzlichen Ausführungen begründete. Ein Erlebnis für alle Teilnehmer war die stürmische Begeisterung der Berliner Jugend, die sich zu Tausenden vor dem Gebäude der Volkskammer versammelt hatte. Eine Abordnung von 150 FDJlern und Jungen Pionieren betrat den Tagungsraum, um dem Haus und der Regierung persönlich den Dank und die Freude der Jugend für die großzügige Förderung und die gründliche Arbeit in Vorbereitung dieses Gesetzes zu überbringen. Eine Delegation polnischer Jugend- und Sportfunktionäre nahm um dieses bedeutungsvollen Gesetzes willen an der Tagung teil.

Auch das Gesetz über die Maßnahmen zur Erreichung von Friedenshektarerträgen, dessen Bedeutung für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung kaum überschätzt werden kann, geht auf die gründliche Vorbereitungsarbeit der SED zurück. In seinem am 20. Januar veröffentlichten Aufruf hatte der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei die Erreichung von Friedenserträgen im laufenden Erntejahr als entscheidende Aufgabe für die Werktätigen in Stadt und Land gestellt. Die Abschaffung der Rationierung pflanzlicher Lebensmittel hängt weitgehend von der Durchführung dieses von Landwirtschaftsminister Goldenbaum begründeten und von der Volkskammer einstimmig verabschiedeten Gesetzes ab. (Einzelheiten siehe Seite 7.)

Die in letzter Zeit verstärkten Sabotageakte amerikanischer Agenten an volkseigenen Betrieben, im Verkehrswesen und auf volkseigenen Gütern gefährden nicht nur den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie sind gegen unsere demokratische Ordnung, gegen den Wirtschaftsplan, gegen den Bestand der Deutschen Demokratischen Republik und gegen die Friedenspolitik der Regierung gerichtet. Der Ministerrat hat daher im Bewußtsein seiner Verantwortung für das Wohl und Wehe nicht nur der Bürger unserer Republik, sondern ganz Deutschlands der Volkskammer das Gesetz über die Umwandlung der bisher dem Innenministerium unterstellten Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft in ein Ministerium für Staatssicherheit unterbreitet. Minister Dr. Steinhoff sprach nur wenige Sätze zur Begründung dieses kurzen Gesetzes. Die Tatsache, daß das Haus ohne Diskussion zur Verabschiedung dieses Gesetzes in erster und zweiter Lesung schritt, unterstreicht den Ernst der Situation und die Entschlossenheit der Regierung wie der Volksvertreter, dem Treiben der anglo-amerikanischen Saboteure und Agenten ein schnelles Ende zu bereiten.

Weltfriedenskongreß in Stockholm

Dr. Strauß will keine H-Bomben bauen / Verleugnung der Wissenschaft

Stockholm (Eig. Ber.). Auf der nächsten Tagung des Weltfriedenskongresses vom 16. bis 19. März in Stockholm wird der bekannte französische Atomforscher Prof. Joliot-Curie den Vorsitz führen. Prof. Joliot-Curie ist einer der führenden Wissenschaftler bei der Arbeit zur friedlichen Verwendung der Atomenergie.

Washington (DPA/Eig. Ber.). Der USA-Atomforscher Lewis L. Strauß trat aus der amerikanischen Atomenergiekommission aus. Von den fünf Mitgliedern der Kommission, die die Verantwortung für den Bau der H-Bombe tragen soll, sind nur noch drei verblieben, da auch der Vorsitzende David E. Lilienthal bereits vor einiger Zeit seinen Posten aufgab.

London (Eig. Ber). Eine Verleugnung der Wissenschaft nannte der bekannte britische Wissenschaftler Prof. J. D. Bernal den Bau der Wasserstoffbombe. Er stellte diesem verbrecherischen Vorhaben die friedliche Ausnutzung der Atomenergie in der Sowjetunion entgegen.

London (Eig. Ber.). „Als Arbeiter wollen wir, daß die Wissenschaft Schmerz und Elend beseitigt, und nicht, daß sie die Zivilisation zerstört", erklärte die Bezirksgewerkschaftsleitung des Londoner Arbeiterviertels Hackney. Sie fordert von der britischen Regierung, mit allen Kräften gegen die Produktion der Wasserstoffbombe aufzutreten.

London (ADN). Für die britische Liberale Partei forderte Viscount Samuel, der Vorsitzende ihrer Parlamentsfraktion, die Ächtung aller Atomwaffen, einschließlich der H-Bombe.

Neu Delhi (ADN). Wenn die zivilisierte Welt weiterbestehen wolle, dürfe die Wasserstoffbombe nicht hergestellt werden, erklärte der indische Ministerpräsident Nehru.

Kopenhagen (ADN). „Das Volk besteht darauf, daß Dänemark aus dem Nordatlantikpakt ausscheidet", erklärte eine Massenkundgebung des dänischen Friedenskomitees.

H-Bomber Acheson gegen Atomkontrolle

Washington (Eig. Ber.). Die USA erwägen keine neuen Schritte zur Verhandlungen mit der UdSSR über die internationale Atomkontrolle, erklärte Außenminister Acheson. Nach dem Truman-Befehl zur Produktion der Wasserstoffbombe forderte Acheson — verständlich angesichts der weltweiten Proteststreik — „eiserne Nerven und ruhig Blut" bei seinen Gesinnungsgenossen.

Wohnungselend in England

London (Eig. Ber.). Die Wohnungsverhältnisse in den großen englischen Städten, besonders in London, verschlechtern sich ständig, berichtet der Berner „Bund". Die Mieten seien im allgemeinen unerschwinglich. Die Zahl der wohnungsuchenden Familien stieg in London von 41 000 im Jahr 1945 auf zur Zeit 153 000. „Die Überfüllung und die Not in den Elendsbezirken steht in keiner Weise hinter dem Elend in den zerbombten deutschen Städten zurück", schreibt das Blatt.

Konsul Bardet erpreßte seine Agenten

Wer dem Geheimdienst den kleinen Finger reicht . . .

Szczecin (PPD/ADN/Eig. Ber.). Der zweite Verhandlungstag des Szczecher Spionageprozesses enthüllte die Erpressermethoden, die die französischen Leiter des Ringes ihren Agenten gegenüber anwandten.

Der angeklagte Franzose Gaston Druet, 1940 von den Nazis nach Slupsk verschleppt und seither dort wohnhaft, wollte im April 1947 vom französischen Vizekonsul in Szczecin, René Bardet, ein Visum für seine Freundin besorgen. Bardet verlangte dafür von Druet, der Radiomechaniker ist, „einige Informationen". Nach der ersten „Lieferung" wurde er dann gezwungen, weitere politische, wirtschaftliche und militärische Informationen zu geben. Bei jedem Versuch Druets, die Agententätigkeit abzubrechen, erklärte Bardet, er habe sich viel zu sehr ausgeliefert; es gebe kein Zurück mehr.

Der Angeklagte Klimczak, polnischer Staatsangehöriger, war mit „speziellen Aufträgen" betraut worden; er sollte in die Polnische Arbeiterpartei (PPR) eintreten, dort Ansehen gewinnen und dann „eigene Leute" in die Partei bringen.

„Le Monde": Korrekter Prozeß

Paris (Eig. Ber.). „Man muß die Bereitwilligkeit anerkennen, mit der die polnischen Behörden dem juristischen Berater der französischen Regierung, Allehaut, die Einreise nach Szczecin ermöglichten", schreibt der Sonderkorrespondent der Pariser offiziösen „Le Monde", André Fontaine.

„Robineau (der Hauptangeklagte) hat den Vorteil, von einem bekannten polnischen Rechtsanwalt, Herrn Maslanko, verteidigt zu werden, der sich wirklich für seinen Klienten einsetzt.

... In den ersten Reihen (des Saals) sieht man die Presse, die Vertreter der Botschaft und des Konsulats sowie Vater Robineau."

Ministerium für Staatssicherheit gebildet

Berlin (Eig. Ber.). Die Provisorische Volkskammer verabschiedete in ihrer gestrigen 10. Tagung auf Vorschlag der Regierung das folgende Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit.

§ 1

Die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wird zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit umgebildet. Das Gesetz vom 7. Oktober 1949 über die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 2) wird entsprechend geändert.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Truman will Bergarbeiter knebeln

400 000 setzen standhaft ihren Streik fort / Justizterror vorbereitet

Washington (ADN/Eig. Ber.). In Anwendung des Taft-Hartley-Antistreikgesetzes hat Präsident Truman dem Vorsitzenden der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft, John Lewis, vor den von ihm eingesetzten Untersuchungsausschuß geladen, da die über 400 000 streikenden Bergarbeiter auch am Dienstag standhaft ihren Streik fortsetzen.

Der eingesetzte Untersuchungsausschuß wird nach der Sitzung mit John Lewis und den Kohlenmonopolherren Truman berichten, der gedroht hat, bei Andauern des Streiks dem Generalstaatsanwalt der USA den Auftrag zu geben, beim Obersten Bundesgericht der USA eine Ungesetzlichkeitserklärung für den Bergarbeiterstreik zu erwirken. Damit würde jeder streikende Bergarbeiter, der nur um seine nackten Lebensrechte kämpft, dem Terror der USA-Polizei und Justiz ausgeliefert sein, erklären Gewerkschaftskreise in Washington.

Pittsburgh (ADN). Der Stahlarbeiterverband der CIO-Gewerkschaften stellte den streikenden Bergarbeitern 500 000 Dollar zur Verfügung.

Augenzeuge über den Bakterienkrieg

Peking (ADN/Eig. Ber.). Über die furchtbaren Folgen eines von japanischen Flugzeugen im Jahre 1940 ausgeführten Angriffs über den Städten Kinhwa und Ningpo in der Provinz Tschekiang, bei dem mit Pest infizierte Flöhe in besonderen Bomben abgeworfen wurden, berichtet der chinesische Staatsbürger Hsiao Fan der Agentur „Neues China". Die Einwohner der Stadt seien von einer Panik befallen worden, da die Kuomintang-Behörden keinerlei Medikamente und Desinfektionsmittel hatten, so daß Yujiro und Kasahara Yukio einzusetzen. Dies geschah in einer Note der Zentralen Volksregierung der Volksrepublik China, die dem sowjetischen Geschäftsträger in Peking, Schibajew, am Mittwoch übermittelt wurde.

Bulgarien anerkennt Vietnam

Sofia (ADN). Bulgarien beschloß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Demokratischen Republik Vietnam.

Auf de

Das von der Provisori
nahme der Jugend am A
Förderung der Jugend
unserer Jugend neue Te

Reuterclique

Verkehrsstauungen b
wußt organisiert /

Berlin (Eig. Ber.). Die
RIAS verbreiteten Nach
verkehrs bei Marienbo
einen großtägigen Schr
organisieren, zu fördern
Dgl.-Mitarbeiter währe

1. Seit dem 1. Februa
gesamte Grenzbewachu
verkehrsregelung, wozu
wachung und der Verke
Abkommen von Jalta
markationslinie gehören
der Deutschen Demokr
blik gelegt worden un
allein der Volkspolizei.
dein an der Grenze n
deutschen Stellen ist
und amerikanischen
den Deutschen gegen
das Befehlen gewöhnt
los unangenehm, ab
zonenreisenden stelle
friedenheit diesen aug
terschied zwischen W
und der Deutschen D
Republik fest.

2. Die Westpresse spr
von Stauungen bei M
verschweigt mit Absich
losen Güter- und Perso
der Bahn und die eben
Abwicklung des Grenzv
übrigen neun Straßenü
An der nächsten nördl
übergangsstelle von
Oebisfelde, passieren
Autos und Lkws täglich
nächsten südlichen
Eilrich sogar nur 2 bis
born aber sind es tä
1600.

3. Die Stauungen b
werden bewußt herb
wird dadurch bewies
Lastzüge aus München
sten Weg über die A
berg—Hof—Leipzig n
ebenso wie die Lastzü
Hamburg über Marl
werden.

4. Die Konzentrieru
zonenverkehrs auf
den Zweck, durch ve
kehrsandrang und
inszenierte Pressekamp
polizei unter Druck zu
der notwendigen Wac
lenken, um den Schm
Waren zu erleichtern.

5. Wie in Marienbo

Impressum

Herausgeber:
Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.,
Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).
Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert
Geschäftsstelle des Vorstandes:
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel./ Fax : 030/2978 4225
Internet: www.grh-ev.org * E-Mail: verein@grh-ev.org
Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 16.00 Uhr

Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

Konto der Berliner Volksbank IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09, BIC: BEVODEBB

Wir danken dem Verlag von nd für die Möglichkeit, die Titelseite des „Neuen Deutschland“ vom 9.Februar 1950 als Faksimile zu veröffentlichen
Bildernachweis: Wolfgang Ney